

Das Parlament

Berlin, 04. April 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 14-15 | Preis 1 € | A 5544

NACHRUF

Trauer um Hans-Dietrich Genscher

Er war der am längsten amtierende Bundesaußenminister: Hans-Dietrich Genscher, der neben Helmut Kohl (CDU) als Architekt der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 gilt, ist in der Nacht zum vergangenen Freitag an Herz-Kreislauf-Versagen gestorben. Er wurde 89 Jahre alt. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Genscher als „einen der großen Liberalen unserer Zeit, eine herausragende Persönlichkeit, die eine ganze Epoche deutscher und europäischer Geschichte entscheidend mitgestaltet hat“. Er habe „die Außenpolitik der Bundesrepublik 18 Jahre maßgeblich geprägt, dabei großes Vertrauen in unser Land aufgebaut und so den Weg zur deutschen Einheit mitbereitet“.



Genscher wurde 1927 in Reideburg geboren, das heute zu Halle/Saale gehört. Während seines Jura-Studiums 1952 siedelte er von der DDR in den Westen über. Genscher gehörte dem Bundestag von 1965 bis 1998 an und führte die FDP von 1974 bis 1985. Der Spitzenliberale war Bundesminister unter den Kanzlern Willy Brandt (SPD), Helmut Schmidt (SPD) und Helmut Kohl (CDU). 1969 wurde Genscher Innenminister. In diese Zeit fiel der Überfall eines Palästina-Kommandos 1972 in München auf das israelische Olympiateam. Genscher bot sich als Geisel an. Die Befreiungsaktion ging komplett daneben – einer der Tiefpunkte des Politikers Genscher. Von 1974 bis 1992 war er fast ununterbrochen Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik. 1982 führte er mit der FDP den Koalitionswechsel von der SPD zur Union herbei.

Als Bundespolitiker zeichnete ihn die Ost- und Entspannungspolitik aus. Schnell erkannte er die Chancen, die sich aus der Reformpolitik des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow nach 1986 ergaben. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR versuchte er, in Kontakten mit der Sowjetunion, den USA sowie den Nachbarstaaten, Vorbehalte gegen ein vereintes Deutschland abzubauen. 1990 handelte er den Zwei-Plus-Vier-Vertrag aus, in dem die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die außenpolitischen Aspekte der Einheit festlegten. Seit Amtsantritt pflegte er eine ausgeprägte Reisediplomatie. 1992 schied Genscher, der hierzulande zu den beliebtesten Spitzenpolitikern gehörte und dessen Markenzeichen der gelbe Pullover war, aus dem Amt des Außenministers aus. Ende 2013 wirkte er noch an der Begnadigung des russischen Krennikritikers Michail Chodorkowski durch Präsident Wladimir Putin mit. Unvergessen bleibt bei vielen Ostdeutschen Genschers Auftritt 1989 in der Prager Botschaft, wo er tausenden jubelnden DDR-Flüchtlingen zurief, dass sie nach Westdeutschland ausreisen dürften. Das sei der „glücklichste Tag meiner politischen Arbeit gewesen“, bekannte der gebürtige Hallenser Hans-Dietrich Genscher, der das härtere Schicksal der DDR-Bürger nach 1945 immer im Blick hatte und für den dies stets Antrieb seiner Politik war. kru |

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Zeitenwende in Nahost

ORIENT Die Revolten sind gescheitert, aber Kriege und autoritäre Regime werden nicht von Dauer sein

Seit Ende Februar gehen die Kriegshandlungen in Syrien zurück, doch dem Land drohen weiterhin Aufteilung oder Zerfall. Die Kämpfe sind so zerstörerisch, weil die Grundprobleme des gesamten Mittleren und Nahen Ostens in diesem Land aufeinanderprallen: Grenzziehungen aus kolonialer Zeit, gesellschaftliche Konflikte, deren Wurzeln bis in die Antike reichen, politische Verfehlungen aus der Zeit des Kalten Krieges tragen genau wie die gescheiterten US-Kriege der vergangenen Jahre sowie fehlende wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu einem Desaster bei, dessen Auswirkungen jetzt auch Europa mit Terror und mit Flüchtlingsströmen zu spüren bekommt.

Die von der britischen und französischen Kolonialmacht willkürlich gezogenen Grenzen haben nahezu ein Jahrhundert gehalten. Aber es ist kein Zufall, dass der „Islamische Staat“ (IS) heute Gebiete beidseits dieser Grenze kontrolliert. Sunnitische Stämme in der Region haben sie niemals akzeptiert und sich der Kontrolle der irakischen und syrischen Zentralregierung stets entzogen. Schon in der Antike widersetzten sich die Bewohner der Wüste den Großreichen. Mit ihrem Einmarsch in den Irak im Jahre 2003 haben die USA das labile Gleichgewicht in der Region zerstört. Sie sind nicht nur mit ihrem Ziel, Irak zu demokratisieren, gescheitert, sondern haben die Bedingungen für die Entstehung des IS mit geschaffen: US-Präsident Obama hat den Aufstieg der Terrororganisation jüngst in einem Interview als unbeabsichtigte Folge des Einmarsches von 2003 bezeichnet. Parallelen gibt es zum Terrornetzwerk Al-Qaida, das auch als ein Ergebnis US-amerikanischer und saudi-arabischer Interventionen im Afghanistan der 1980er Jahre während des Widerstandes gegen die Stationierung sowjetischer Truppen entstanden ist.

Revolten Das Scheitern der USA mit ihrem Demokratisierungsversuch im Irak hat auch zu den Revolten demokratischer Kräfte in Nordafrika und dem Mittleren Osten beigetragen. Die junge städtische Generation sah die Unfähigkeit oder den Unwillen westlicher Staaten, einen Rahmen für demokratische Entwicklungen zu schaffen. Der Versuch, Diktatoren zu stürzen, war nur solange erfolgreich, bis Saudi-Arabien und Iran intervenierten, um ihre innen- und außenpolitischen Interessen zu verteidigen. Beide Staaten behinderten die Bewegungen des „Arabischen Frühlings“ auf unterschiedliche Weise. Saudi-Arabien militärisierte etwa die Konflikte in Libyen, Syrien und Jemen und Iran stabilisierte die Regime in Irak und Syrien.

Es gelang den USA und den westlichen Partnern über Jahrzehnte noch nicht einmal, demokratische Entwicklungen in Staaten voranzubringen, deren Regierung sie beeinflussen konnten, wie etwa das Regime in Ägypten. Die Herrscher der Region wechselten im Kalten Krieg ihre Bündnispartner, um finanzielle und militärische Hilfen zum Ausbau ihrer Militär- und Sicherheitsapparate zu erhalten, sie versäumten aber in aller Regel, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Saddam Hussein beherrschte einen hochgerüsteten Irak, Vater und Sohn Assad ein hochgerüstetes Syrien. Die zivile Infrastruktur blieb hingegen unterentwickelt.

Während den einst prosozialistischen Regimen in den vergangenen Jahren der Krieg erklärt wurde, konnten prowestliche Autokraten weiter auf gewohnte Unterstützung zählen. Nach dem militärischen Desaster im Irak übernahm Saudi-Arabien eine führende Rolle bei der Stabilisierung prowestlicher Regime. Zur Rettung des Herrscherhauses im benachbarten Bahrain schickte das saudische Herrscherhaus im Jahre 2011 Truppen. Im vergangenen Jahr begann Saudi-Arabien, einen Krieg vornehmlich gegen schiitische Huthi-Rebellen im Jemen, bei dem es auf die stille Unterstützung der USA, Frankreichs und Großbritanniens zählen kann.



Die Schlacht bei Hattin am See Genezareth im Jahr 1187 entschied die kurdischen Ayyubiden mit Sultan Saladin an der Spitze. Sie markiert den Anfang vom Ende der Vorherrschaft der christlichen Kreuzfahrerstaaten im Nahen Osten.

Offiziell begründet Saudi-Arabien diese Politik damit, den zunehmenden Einfluss Irans in der Region einzudämmen.

Das vergangene Jahr hat jedoch auch zwei Entwicklungen gebracht, die den Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran Zurückhaltung auferlegen. Mit dem Atomabkommen schwindet für Iran die Motivation, die Region zu destabilisieren, um sich Raum für einen Krieg mit den USA zu schaffen. Zudem fehlen dem Land genau wie Saudi-Arabien wegen des Einbruchs der Ölpreise die finanziellen Mittel, regionale Interventionen zu finanzieren. Die ersten Anzeichen einer Zurückhaltung im syrischen Bürgerkrieg dürften bereits Ausdruck kommender Schwäche der Regionalmächte sein. Gleichzeitig werden Erfolge diplomatischer Beharrlichkeit sichtbar. Dazu hat auch die Bundesregierung einen Beitrag geleistet. Bemühungen, den Konflikt um das iranische Atomprogramm diplomatisch zu lösen, wurden über Jahre beharrlich von Berlin unterstützt. Damit leistete Deutschland einen Beitrag zur regionalen Entspannung und half, einen weiteren möglichen Groß-Krieg zu verhindern.

Dennoch werden der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika weiterhin Spannungsgelände bleiben. Im Jemen kann Saudi-Arabien mit seinem militärischen Eingreifen die Situation nicht beruhigen. Die Huthis wurden zwar geschwächt, doch nur um den Preis ei-

nes Machtzuwachses unterschiedlicher Al-Qaida-Gruppen. Jemen steht vor einer humanitären Katastrophe mit syrischen Ausmaßen. Die Zahl der Kriegstoten steigt täglich. Mindestens 20 Millionen Menschen benötigen internationale Hilfe, ein Ende dieser Katastrophe ist nicht in Sicht. In Ägypten dürften auf längere Sicht die innenpolitischen Konflikte wieder aufbrechen. Finanzhilfen der arabischen Golfstaaten können dem Putschsystem der Militärs nur mittelfristig Entlastung schaffen. Das Bevölkerungswachstum ist ungebrochen und die junge Generation in den Ballungsgebieten wird die Perspektivlosigkeit nicht auf Dauer hinnehmen. Auch die verkrusteten Herrschaftsstrukturen der arabischen Golfstaaten werden eines Tages aufbrechen. Das Modell eines Gesellschaftsvertrages, das sich die Gefolgschaft der Bevölkerung durch die Verteilung von Öleinnahmen erkaufte, wird nicht dauerhaft Bestand haben.

Politischer Islam Bei den kommenden Protesten dürfte zudem die Bedeutung des politischen Islams kleiner werden. Die Verbreitung des saudi-arabischen Wahhabismus stößt bereits heute an Grenzen. Zwar hat sich für Saudi-Arabien die mit Petro-Dollar finanzierte Verbreitung salafistischer Ideen durchaus ausgezahlt. In den Stammesgebieten Afghanistans, Iraks und Syriens etwa werden radikalislamische Or-

ganisationen genutzt, um unliebsame demokratische oder auch nur säkulare Entwicklungen zu schwächen. Doch führen diese „Erfolge“ unweigerlich zur Diskreditierung dieses politischen Islam-Exports aus Saudi-Arabien. Während er allenfalls noch in Stammesgesellschaften abgelegener Wüstenregionen Anklang findet, verliert er in den städtischen Zentren orientalischer Gesellschaften an Einfluss. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es sozialistische und nationalistische Ideen, die die Länder der Region im Kampf gegen koloniale oder postkoloniale Vorherrschaft aufgriffen. Ähnlich wie diese Konzepte wird der politische Islam an Bedeutung verlieren, weil seine Anhänger keine Antworten auf die anstehenden Probleme haben.

Muslimbrüder Die Tatsache, dass die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder in Ägypten zum Bündnis mit der wahhabitisch orientierten Partei des Lichts (hizb an-Nur) bereit war, aber die Zusammenarbeit mit liberaleren Kräften ausschlug, hat nicht nur dem späteren Militärputsch Vorschub geleistet, sondern dürfte auch der Anfang vom Ende der Parteien des politischen Islams gewesen sein. Der Bedeutungsverlust des politischen Islams wird durch die unaufhaltsame Urbanisierung orientalischer Gesellschaften beschleunigt.

Auf lange Sicht werden demokratische und zivilgesellschaftliche Strömungen von dieser Entwicklung profitieren, auch wenn sie erst einmal nicht stark genug sein dürften, autoritäre und diktatorische Regime zu stürzen. Das Scheitern des „Arabischen Frühlings“ und das Umschlagen in einen „arabischen Winter“ zeigen die Schwierigkeiten, die der politische Wandel im Mittleren Osten und Nordafrika mit sich bringt. Doch hat es auch in Europa mehr als 150 Jahre gedauert, bis sich die Ideen der Französischen Revolution wirklich Bahn brechen konnten. Der Orient wird weniger Zeit für den Wandel benötigen.

Ulrich Tiglner |

Der Autor war Korrespondent des ZDF und später des Schweizer Fernsehens für den Nahen und Mittleren Osten.



Im Flüchtlingslager Jarmuk in Syriens Hauptstadt Damaskus Anfang 2014

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL Lehre aus den Fehlern

VON JÖRG BIALLAS

Der Nahe Osten ist uns derzeit emotional besonders nahe. Auch wenn der Flüchtlingsstrom aus dieser Region nach Deutschland deutlich abgeebbt ist, begehren noch immer Hunderttausende Einlass in die Europäische Union. Die Massenflucht bleibt für die Heimatländer deutlich abgeebbt, begehren noch immer Hunderttausende Einlass in die Europäische Union. Die Massenflucht bleibt für die Heimatländer deutlich abgeebbt, begehren noch immer Hunderttausende Einlass in die Europäische Union.

Hinzu kommt eine Terrorwelle, die ihren Ursprung ebenfalls im Nahen Osten hat und in den vergangenen Monaten mehrfach über den Schutzdamm europäischer Sicherheitsmaßnahmen schwappte. Männer aus arabischen Ländern halten sich selbst für „Gotteskrieger“ mit einem religiösen Auftrag. Tatsächlich sind sie aber besonders feige und hinterhältige Mörder mit einer religiösen Wahnvorstellung. Sie haben Paris und Brüssel angegriffen, erheblich verletzt und zeitweilig in eine Schockstarre versetzt. Die Wehrhaftigkeit, den Willen ganz Europas, mit aller Kraft gegen diesen Irrsinn vorzugehen, haben sie nicht gebrochen.

Im Wissen darum, dass keine europäische Metropole vor solchen Terrorangriffen gefeit ist, wachsen auch hierzulande die Vorbehalte gegen Religion und Kultur des Orients. Statt den Versuch zu unternehmen, die Vielschichtigkeit der Ideologien und historischen Einflüsse zu durchdringen, sprühen Vorurteile und pauschale Ablehnung. Wer nicht genau hinschaut und dabei auch in die Vergangenheit blickt, wird die Gegenwart aber nur unzureichend verstehen können.

Gleiches gilt für jene, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass die allermeisten Menschen aus dem Nahen Osten, die bei uns leben wollen oder leben müssen, friedlich sind und mit größter Abscheu auf den Terror ihrer Landsleute blicken. Wie müssen die sich in der neuen Heimat fühlen, wenn gegen sie gehetzt und ihnen Sympathie für Massenmörder unterstellt wird? Die Welt bewegt sich in Zeitläuften, die so unwägbar und unsicher wie lange nicht sind. Das Verhältnis der Staaten in Nahost untereinander spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie das Verhältnis von Abend- zu Morgenland. Gewiss würde es helfen, die zahlreichen politischen Fehler der Vergangenheit zu nutzen, um für die Gegenwart zu lernen. Das gilt übrigens gleichermaßen für Orient und Okzident.



Eine Aufnahme vom Juli 1917 bei der heute jordanischen Hafenstadt Akaba am Roten Meer. Die Stadt wurde damals von arabischen Kräften im Kampf gegen die Osmanen während des Ersten Weltkriegs eingenommen.

© picture-alliance/Mary Evans Picture Library

Die »große Verschwörung«

HISTORIE 100 Jahre Sykes-Picot-Abkommen: 1916 teilten zwei Kolonialbeamte den Nahen Osten unter London und Paris auf

Der sogenannte Islamische Staat (IS) bezeichnet sich als ein „neues Kalifat“. Die Terrormiliz unter Führung ihres selbsternannten „Kalifen Ibrahim“ kontrolliert trotz der gezielten Luftangriffe der westlich-russisch-arabischen Allianz auf ihre Stellungen noch immer große Teile des Irak und Syriens, sie herrscht über etwa acht Millionen Menschen, in einer Weise, wie sie grausamer kaum sein könnte. Mehr noch als Al Qaida ist sie zu einem Schrecken der Muslime geworden – und längst auch zu einem Schreckgespenst und vielen unbegreiflichen Phantomen für den Westen, der Bezeichnungen wie „Kalif“ allenfalls noch in orientalistischen Märchenbüchern existent wählte. Zum Erstaunen vieler ist der IS ein dauerhaftes Phänomen, im Internet tauchen immer wieder neue Sympathisanten auf. Tausende strömen ihm als „Kämpfer“ zu, sogar aus Europa und aus Deutschland. Neben religiös-ideologischem Fanatismus, Abenteuerlust, persönlicher Ausweglosigkeit oder schlichter Mordgier ist es auch das Streben nach einer grundsätzlich neuen politischen Ordnung im Nahen Osten, das manchen Anhänger „inspirieren“ mag. Nicht zu Unrecht ist die Etablierung und Festigung des IS vor allem als eine Reaktion auf den rapiden Staatszerfall in der Region gedeutet worden, insbesondere im Irak und in Syrien.

Die Politik des »Teile und herrsche« legte den Grundstein für Krisen und Kriege.

zwar mittels ihrer Protektorate und Mandate, die sie sich mit der Hilfe des Völkerbundes legitimieren ließen. Aus heutiger Sicht kann man diese Politik nur als desaströs bezeichnen, legte sie doch den Grundstein für die Krisen und Kriege, die den Nahen Osten im vorigen Jahrhundert heimsuchten und in unseren Tagen einen neuen Höhepunkt der Gewalt markieren. Was die muslimische Welt bis heute als jene „große Verschwörung“ geißelt, wurzelt in Absprachen, die während des Ersten Weltkrieges getroffen wurden und als diplomatische Ränkespiele westlicher Geheimdiplomatie charakterisiert werden müssen. Heute ist so gut wie sicher, dass auch der berühmte „Lawrence von Arabien“ um diese Dinge wusste. Nichts desto weniger tat er aber so, als handele Großbritannien ehrlich gegenüber den Arabern, als es im Jahre 1915 in einem Briefwechsel des Hochkommissars in Ägypten, Henry MacMahon, mit dem Scherifen Hussein von Mekka der arabischen Seite zusicherte, nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches

für eine staatliche Unabhängigkeit der befreiten arabischen Gebiete sorgen zu wollen. Für die Araber war dies ein wichtiges Motiv ihres Aufstandes, den sie unter Führung des Scherifen Hussein und seiner Söhne gegen die Türken begannen. Dem Geheimdienstmitarbeiter T. E. Lawrence, der in diesem Aufstand eine führende Rolle spielte, konnte auch nicht entgangen sein, dass London und Paris ein Jahr nach diesem Briefwechsel geheime Absprachen trafen, welche die gesamte Region nach Kriegsende neu gestalten sollten. Die Kolonialbeamten Mark Sykes und Georges Picot teilten dabei den Orient vor 100 Jahren schon auf, als offiziell noch die Osmanen dort herrschten und an der Sinai-Front sowie in Palästina erbitterten Widerstand leisteten.

Archive geöffnet Das Geheimabkommen blieb jedoch nicht lange geheim: Als im Oktober 1917 die Bolschewiki in Russland die Macht ergriffen, wurden die Verabredungen des Briten Sykes und seines französischen Verhandlungspartners Picot bekannt, denn man fand in den zaristischen Archiven, dass auch Russland (und sogar Italien) an den Vereinbarungen von 1916 beteiligt gewesen war. Der Zar war schon im 19. Jahrhundert als Schutzherr der orthodoxen Christen im Orient aufgetreten – wie die Briten für die

Protestanten und die Franzosen für die Katholiken – und forderte Mitsprache im Heiligen Land und im Orient; schon deshalb, weil die Russische Kirche dort über umfangreiche Immobilien verfügte. Doch die Russen interessierten sich auch für die armenischen und kurdischen Gebiete, die Italiener für den Dodekanes und Teile der anatolischen Südküste. Die nach dem Bekanntwerden ausgebrochene öffentliche Empörung über „Sykes-Picot“ konnte freilich nicht verhindern, dass die Verabredungen nach dem Krieg realisiert wurden. Großbritannien und Frankreich teilten die Region des „Fruchtbaren Halbmondes“ zwischen der Ostgrenze der Sinai-Halbinsel und dem Persischen Golf in mehrere Zonen auf, die entweder französisch oder britisch dominiert werden wollten. Sie bezeichneten das verarmlose als „Vorrechte“, bei prinzipieller Akzeptanz eines arabischen Staates oder einer Konföderation arabischer Staaten in der Zukunft. Teile des südlichen Anatoliens bis hinunter in den Libanon, wo die Maroniten besonders frankophil waren, wurden von Sykes und Picot Paris zugesprochen, die Häfen von Haifa und Akkon in Palästina hingegen den Engländern. Eine weitere Zone umfasste die arabische Golfküste und den südlichen Irak um Basra, die beide britisch

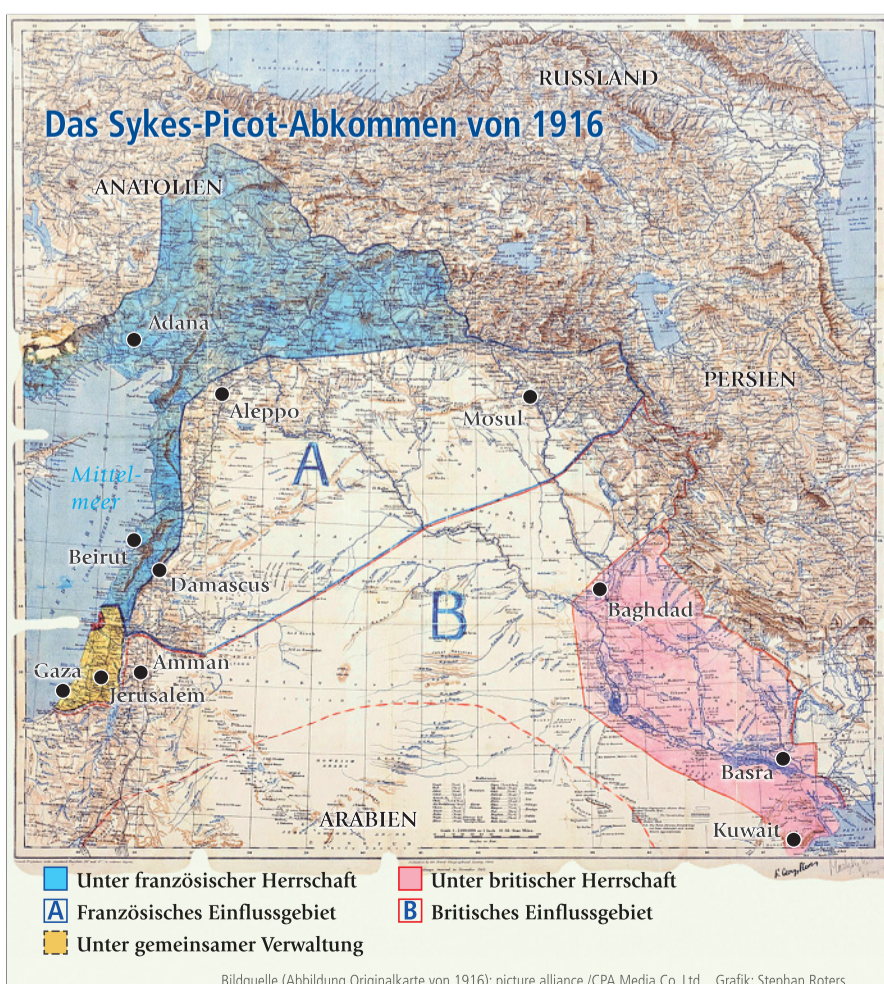
werden sollten; der größte Teil des heutigen Syrien und der Norden des Irak fielen auf der Landkarte zunächst an Frankreich, als sogenannte Zone A, während die den Briten zugeordnete Zone B im Wesentlichen das Gebiet des heutigen Haschemitischen Königreichs Jordanien, Palästina und Teile des westlichen Irak bis Bagdad umfasste. Als seien diese Schachereien nicht genug, sicherte der britische Außenminister Arthur James Balfour im November 1917 gegenüber Baron Rothschild zu, London werde sich für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für die Juden in Palästina einsetzen, vorausgesetzt, die Rechte der arabischen Bevölkerung würden nicht verletzt. In dieser Deklaration sieht Israel bis heute einen wichtigen völkerrechtlichen, legitimatorischen Meilenstein auf dem Weg zu seiner Staatsgründung 1948, während die andere Seite in ihr den „Höhepunkt des Verrats“ an den Arabern erblickt.

Künstliche Grenzen Mit kleinen Veränderungen wurden das Sykes-Picot-Abkommen wie auch die Balfour-Deklaration verwirklicht. In San Remo und Versailles entstand im Jahr 1919 die neue Ordnung, sozusagen auf dem Reißbrett. Kemal Atatürk, dem Gründer der Türkischen Republik, gelang es 1923 in Lau-

sanne immerhin, Anatolien von fremder Herrschaft freizuhalten. Der Nordirak ging schließlich doch an die Engländer statt an die Franzosen – gegen erbitterten Widerstand der Kurden, nachdem dort Erdöl entdeckt worden war. Der Libanon, Syrien, Palästina und der Irak wurden Mandatsgebiete, danach zu unabhängigen Staaten wie Syrien, Libanon, Irak, Jordanien und 1948 schließlich Israel. Die künstlich gezogenen Grenzen durchschnitten Siedlungs- und Weidegebiete der Stämme, ganz abgesehen davon, dass das politische Konzept des Nationalstaates in der muslimischen Welt unbekannt war. In den Augen zumindest der Islamisten, aber nicht nur dieser, waren diese Machenschaften das „Ur-Verbrechen“ gegen den Geist des Islams. Denn Nationalstaaten sind in ihren Augen Götzendienst. Der britische Autor David Fromkin gab seinem Buch über diese Ereignisse den bereiten Titel: „A peace to end all peace“. Er sah in der neuen Ordnung, die vor nun 100 Jahren begründet wurde, nicht zu Unrecht den Keim für künftige Konflikte und Kriege.

Wolfgang Günter Lerch

Der Autor war von 1978 bis 2012 als Nahost- und Nordafrikaexperte Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

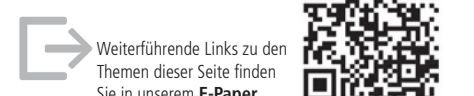


Glanzvolle Kalifate Die Vision eines islamischen Großstaates ohne Grenzen unter einem „Nachfolger“ des Propheten Mohammed (arabisch: khalifa) statt der künstlichen Nationalstaaten, die in der Region nur wenige Jahrzehnte alt sind, erscheint keineswegs nur Dschihadisten als Rückkehr zu alter Größe. Syrien und der Irak beherbergten einst die historisch so glanzvollen Kalifate der Omajjaden (661 bis 750 n. Chr.) und Abbasiden (750 bis 1258 n. Chr.). Der Gedanke einer Restitution solcher Gebilde in neuem Gewand findet durchaus Anklang bei jenen Muslimen, die die gegenwärtig existierende nahöstliche Staatenwelt einer westlichen „großen Verschwörung“ zuschreiben. Tatsächlich folgte die Proklamation unabhängiger Staaten wie Syrien, Libanon, Irak oder Jordanien im vorigen Jahrhundert einem Vorbild, das bis dato in der Region ganz fremd war und als dessen Urheber die beiden damals einflussreichsten westlichen Kolonialmächte gelten können: Großbritannien und Frankreich. In klassischer imperialistischer Weise praktizierten sie während und nach dem Ersten Weltkrieg eine Politik des Divide et impera, des „Teile und herrsche!“, und

Staatenbildungen in Nahost

CHRONIK Wie statt eines arabischen Großreichs eine Handvoll neuer Länder entstanden

- 1915/16** Der Scherif Hussein von Mekka aus der Haschemiten-Dynastie schließt sich nach der englischen Zusage der Unabhängigkeit Arabiens (Hussein-McMahon-Korrespondenz) im Ersten Weltkrieg den Briten im Kampf gegen das Osmanische Reich an. Im Sykes-Picot-Abkommen wird die Region in Einflussphären von Großbritannien (Mesopotamien, Palästina und Jordanien) und Frankreich (Syrien) aufgeteilt.
- 1917** In der Balfour-Deklaration erklärt Großbritannien seine Unterstützung, in Palästina eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ zu errichten.
- 1920** Wie auf der Konferenz von San Remo im April von Großbritannien, Frankreich und Italien beschlossen, muss die Türkei im Friedensvertrag von Sèvres im August unter anderem Syrien an Frankreich sowie Mesopotamien und Palästina an England abtreten, das auch die Schutzherrschaft über Arabien erhält. Entsprechende Mandate werden 1922 vom Völkerbund ratifiziert. Feisal, Sohn des Scherifen Hussein von Mekka, wird vom syrischen Nationalkongress zum König des Landes gewählt, aber von den Franzosen vertrieben.
- 1921** Feisal wird auf britischen Vorschlag hin zum König des Irak proklamiert, muss aber die englische Herrschaft über das Land anerkennen. Sein Bruder Abdallah wird Emir von Transjordanien (heute: Jordanien) unter britischem Protektorat.
- 1922** Die Briten trennen Transjordanien von Palästina.
- 1923** Die Briten trennen Transjordanien von Palästina.
- 1924** Scherif Hussein flieht vor dem im Inneren der arabischen Halbinsel herrschenden Wahhabiten Abd al-Aziz ibn Saud, der das westlich davon gelegene Gebiet um Mekka und Medina erobert.
- 1926** Der Libanon, Teil des französischen Mandatsgebiets, wird Republik.
- 1927** Die Briten erkennen die Unabhängigkeit des 1926 proklamierten Königreichs von Ibn Saud an.
- 1930** Großbritannien erkennt die Unabhängigkeit des Iraks an, der seit fünf Jahren eine konstitutionelle Monarchie ist. London sichert sich aber weiter wirtschaftlichen Einfluss und Militärstützpunkte im Zweistromland.
- 1932** Ibn Saud proklamiert das Königreich Saudi-Arabien.
- 1941** Syrien und Libanon werden autonom.
- 1943/44** Die Unabhängigkeit des Libanon und Syriens wird anerkannt, die letzten französischen Truppen werden im Jahr 1946 abgezogen.
- 1946** Transjordanien erhält die Unabhängigkeit; Abdallah I. nimmt den Königstitel an.
- 1948** Mit dem Ende des britischen Mandats in Palästina kommt es im Mai zur Proklamation des Staates Israel und zum ersten arabisch-israelischen Krieg, an dem neben Ägypten und Saudi-Arabien auch der Irak, Syrien, Transjordanien und der Libanon teilnehmen und der im 1949 mit deren Niederlage endet.



LÄNDER IM NAHERN OSTEN

Arabische Republik Ägypten

Größe: 1.001.450 Quadratkilometer
 Einwohner: 88 Millionen (geschätzt)
 System: Präsidentialdemokratie
 Staatsoberhaupt: Präsident Abd al-Fattah as-Sisi
 Regierungschef: Premierminister Scherif Ismail
 Parlament: Repräsentantenhaus (568 Abgeordnete)
 Religion: 90 Prozent Muslime (99 Sunniten), 5-10 Prozent Christen
 BIP: 286 Milliarden US-Dollar (2014)

Königreich Bahrain

Größe: 760 Quadratkilometer
 Einwohner: 1,2 Millionen (54 Prozent Ausländer)
 System: Konstitutionelle Monarchie
 Staatsoberhaupt: König Hamad bin Isa Al Chalifa
 Regierungschef: Premierminister Chalifa bin Salman Al Chalifa
 Parlament: Zwei-Kammer-System mit einem gewählten Parlament (40 Abgeordnete) und einer vom König eingesetzten Beratenden Versammlung (40 Abgeordnete).
 Religion: Islam (60 Prozent Schiiten), kleine jüdische Gemeinde, 18 christliche Kirchen
 BIP: 34 Milliarden US-Dollar (2014)

Republik Irak

Größe: 435.520 Quadratkilometer
 Einwohner: 36 Millionen (Schätzung)
 System: Parlamentarische Demokratie
 Staatsoberhaupt: Präsident Fuad Masum
 Regierungschef: Ministerpräsident Haider al-Abadi
 Parlament: Repräsentantenrat (328 Abgeordnete)
 Religion: 95 Prozent Muslime (60 Prozent Schiiten, 35 Prozent Sunniten), christliche Minderheit
 BIP: 223 Milliarden US-Dollar (2014)

Islamische Republik Iran

Größe: 1.648.195 Quadratkilometer
 Einwohner: 78,1 Millionen
 System: Präsidientelle Theokratie
 Staatsoberhaupt: Oberster Religionsführer Ali Chamenei
 Regierungschef: Präsident Hassan Rohani
 Parlament: Islamischer Rat (290 Abgeordnete)
 Religion: 99 Prozent Muslime (90 Prozent Schiiten, 8 Prozent Sunniten), Minderheiten: Christen, Juden, Bahai, Zarathustrier
 BIP: 407 Milliarden US-Dollar (2014)

Israel

Größe: 22.380 Quadratkilometer, besetzte Gebiete: 6.831 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 8,37 Millionen (einschließlich besetzte Gebiete)
 System: Parlamentarische Demokratie
 Staatsoberhaupt: Präsident Reuven Rivlin
 Regierungschef: Premierminister Benjamin Netanyahu
 Parlament: Knesset (120 Abgeordnete)
 Religion: 75 Prozent Juden, 17,5 Prozent Muslime, 1,9 Prozent Christen, 1,6 Prozent Drusen
 BIP: 305 Milliarden US-Dollar (2014)

Republik Jemen

Größe: 528.076 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 26,73 Millionen
 System: Präsidentialdemokratie
 Staatsoberhaupt: Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi
 Regierungschef: Ministerpräsident Chalid Bahah
 Parlament: Repräsentantenhaus (301 Abgeordnete), tagt wegen Bürgerkrieg nicht
 Religion: Islam als Staatsreligion (vorwiegend Sunniten, 35-40 Prozent Schiiten), Minderheiten: Ismailiten, Juden, Zwölfer-schiiten, Bahai
 BIP: 43,23 Milliarden US-Dollar (2014)

Königreich Jordanien

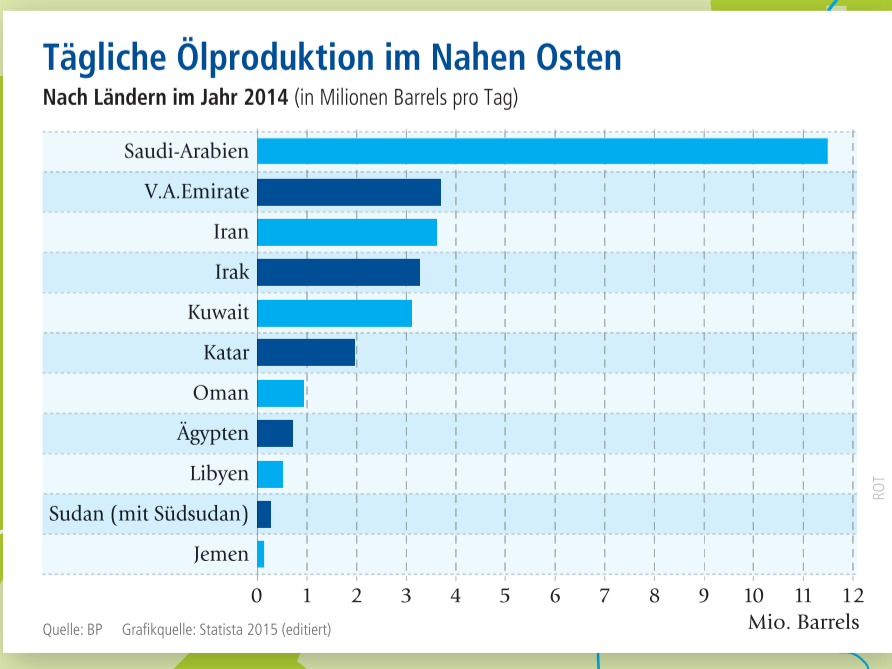
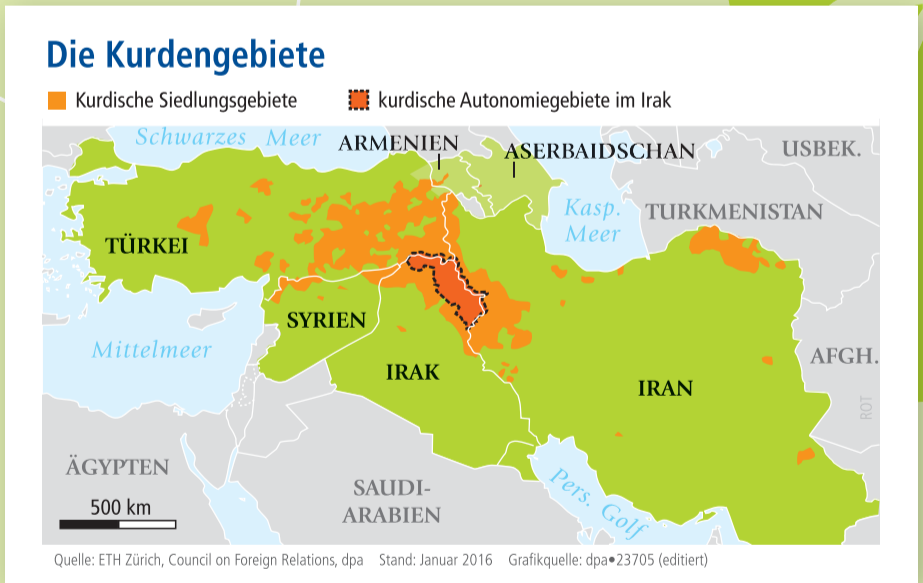
Größe: 89.342 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 6,68 Millionen
 System: Konstitutionelle Monarchie
 Staatsoberhaupt: König Abdullah II. bin al-Hussein
 Regierungschef: Ministerpräsident Abdul-lah Ensour
 Parlament: Zweikammersystem, Abgeordnetenhaus (110 Mitglieder), Senat (40 Mitglieder vom König ernannt)
 Religion: Islam (93 Prozent Sunniten), christliche Minderheit (5 Prozent)
 BIP: 36,6 Milliarden US-Dollar (2014)

Katar

Größe: 11.437 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 2,4 Millionen (88 Prozent Ausländer aus Arabien und Asien)
 System: Absolute Monarchie
 Staatsoberhaupt: Emir Tamim bin Hamad Al Thani
 Regierungschef: Premierminister Abdullah bin Nasser bin Khalifa Al Thani
 Parlament: Kein Parlament, Beratende Versammlung (Mitglieder vom Emir ernannt)
 Religion: Staatsreligion Islam (Wahhabiten)
 BIP: 202,45 Milliarden US-Dollar (2014)



Der Nahe Osten





LÄNDER IM NAHEN OSTEN

Kuwait

Größe: 17.818 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 4 Millionen (davon 2,7 Millionen Ausländer vor allem aus arabischen Ländern und Indien)
 System: Konstitutionelle Monarchie
 Staatsoberhaupt: Emir Sabah al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah
 Regierungschef: Dschabir Mubarak al-Hamad as-Sabah
 Parlament: Nationalversammlung (50 gewählte Mitglieder)
 Religion: Islam als Staatsreligion (65 Prozent Sunniten, 35 Prozent Schiiten), BIP: 172,61 Milliarden US-Dollar (2014)

Republik Libanon

Größe: 10.452 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 4 Millionen (geschätzt)
 System: Parlamentarische Demokratie
 Staatsoberhaupt: Amt seit Mai 2014 vakant, muss maronitischer Christ sein
 Regierungschef: Ministerpräsident Tammam Salam (sunnitischer Moslem)
 Parlament: Abgeordnetenversammlung (128 Sitze)
 Religion: Christen, Muslime (Sunniten und Schiiten), Drusen
 BIP: 48,8 Milliarden US-Dollar

Sultanat Oman

Größe: 309.500 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 4,18 Millionen (davon 1,85 Millionen Ausländer vor allem aus Indien)
 System: Absolute Monarchie
 Staatsoberhaupt: Sultan Qabus bin Said
 Parlament: Kein Parlament, aber eine Beratende Versammlung (82 Mitglieder vom König ernannt aus 164 gewählten Kandidaten) und ein Staatsrat (41 vom König ernannte Mitglieder)
 Religion: Islam als Staatsreligion, 88 Prozent Muslime (75 Prozent Ibaditen)
 BIP: 78,8 Milliarden US-Dollar (2014)

Palästinensische Gebiete

Größe: 6.020 Quadratkilometer (Westjordanland, Gazastreifen)
 Bevölkerung: 4,68 Millionen (Schätzung)
 Staatsoberhaupt: Präsident Mahmud Abbas
 Regierungschef: Ministerpräsident Rami Hamdallah
 Parlament: Legislativrat (tagt nicht mehr seit Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen)
 Religion: 97 Prozent Muslime (Sunniten), 2 Prozent Christen
 BIP: 12,74 Milliarden US-Dollar (2014)

Königreich Saudi-Arabien

Größe: 2,15 Millionen Quadratkilometer
 Bevölkerung: 30,62 Millionen (10 Millionen Ausländer aus Arabien und Asien)
 System: Absolute Monarchie
 Staatsoberhaupt: König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud
 Parlament: Kein Parlament, aber eine Beratende Versammlung (150 Mitglieder vom König ernannt)
 Religion: Islam als Staatsreligion
 BIP: 750 Milliarden US-Dollar (2014)

Arabische Republik Syrien

Größe: 185.180 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 22 Millionen im Jahr 2011, seit Beginn des Bürgerkrieges mehr als 4 Millionen Flüchtlinge im Ausland
 System: Präsidentialregime
 Staatsoberhaupt: Präsident Bashar al-Assad
 Regierungschef: Ministerpräsident Wael al-Halki
 Parlament: Volksversammlung (250 Sitze)
 Religion: Muslime (74 Prozent Sunniten, 2 Prozent Schiiten), 12 Prozent Alawiten, christliche Minderheit
 BIP: 107,6 Milliarden US-Dollar (2011)

Republik Türkei

Größe: 814.587 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 77,7 Millionen
 System: Parlamentarische Demokratie
 Staatsoberhaupt: Präsident Recep Tayyip Erdogan
 Regierungschef: Ministerpräsident Ahmet Davutoglu
 Parlament: Große Nationalversammlung (550 Sitze)
 Religion: 99 Prozent Muslime (mehrheitlich Sunniten); Minderheiten: Christen, Juden
 BIP: 786,4 Milliarden US-Dollar (2014)

Vereinigte Arabische Emirate

Größe: 83.600 Quadratkilometer
 Bevölkerung: 9,3 Millionen (85 Prozent Ausländer vor allem aus Indien/Pakistan)
 System: Föderale konstitutionelle Monarchie (7 Emirate)
 Staatsoberhaupt: Präsident Chalifa bin Zayid Al Nahyan (Emir von Abu Dhabi)
 Regierungschef: Premierminister Muhammad bin Raschid Al Maktum
 Parlament: Nationaler Bundesrat (20 gewählte und 20 von den Emiren ernannte Mitglieder)
 Religion: Staatsreligion Islam (80 Prozent Sunniten, 16 Prozent Schiiten)
 BIP: 399,45 Milliarden US-Dollar (2014)

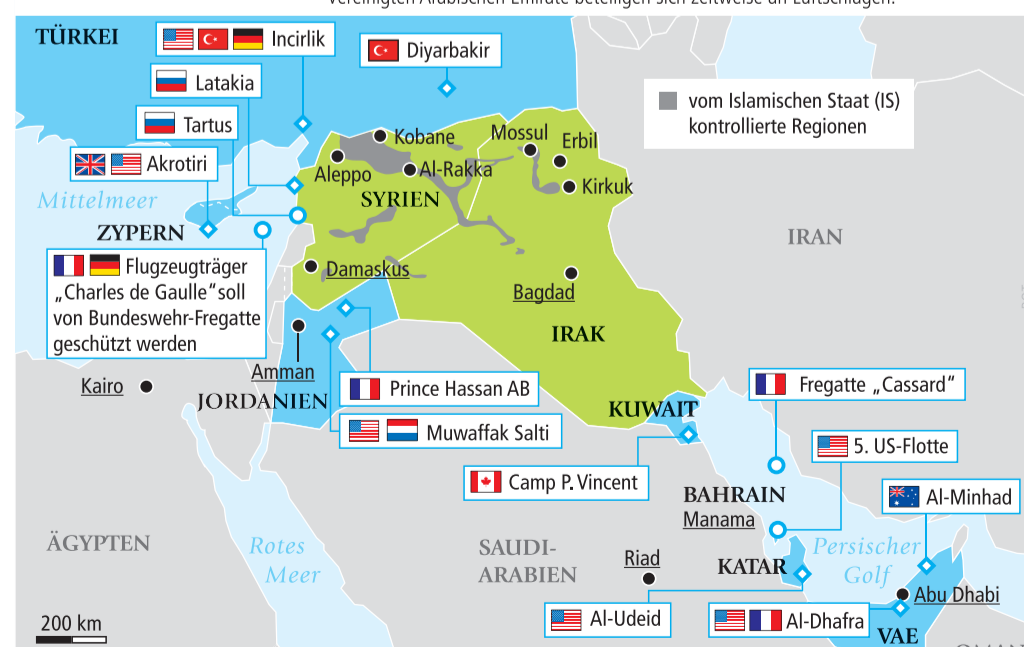
Ausbreitung muslimischer Glaubensrichtungen

- Sunniten
- Schiiten
- Ibaditen
- Wahhabiten

Wichtige Militärstützpunkte im Kampf gegen den IS

In Syrien und dem Irak sind zahlreiche ausländische Staaten im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aktiv. Zentrale Akteure sind eine US-geführte Allianz, zu der auch Frankreich und die Türkei zählen, sowie Russland.

- Wichtige Operationsbasen**
- Marine ◇ Luftwaffe
- Auch Jordanien, Saudi-Arabien, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate beteiligen sich zeitweise an Luftschlägen.



Stand 27.11.2015 Quelle: Stratfor, US Central Command, AINwars.org, defenseneuws.com, dpa, ISW Grafikquelle: dpa*23385 (editiert)

Quelle: Gulf2000 project, Columbia University Grafikquelle: dpa*22476 (editiert)



Fünf Jahre nach Beginn der Aufstände in Syrien gab es im März erstmals wieder friedliche Proteste gegen das Assad-Regime. Das Bild zeigt Demonstranten in der Stadt Saqba.

© picture-alliance/Mohammed Badra

Von Helfern zu Hoffnungsträgern

SYRISCHE OPPOSITION Ärzte, Bürgerjournalisten und lokale Protestgruppen als Fundament einer neuen Ordnung

Anfangs waren es nur ein paar Aktivisten, die dem so genannten „Islamischen Staat“ (IS) den Medienkrieg erklärten. Heute ist die Initiative „Raqqah is Being Slaughtered Silently“ („Rakka wird stillschweigend geschlachtet“) weltweit bekannt. 17 Syrer schlossen sich 2014 unter diesem Namen zusammen, um Augenzeugenberichte, Videos und Fotos aus der syrischen Stadt Rakka zu schmuggeln, die zur Hochburg der Terrormiliz geworden war.

Fünf der Aktivisten wurden bereits vom IS ermordet, doch die Initiatoren hält das nicht ab. „Ich spreche im Namen von Millionen von Syrern, die sich ein freies, demokratisches und vereintes Heimatland wünschen“, sagte ein Aktivist im November 2015 in New York, wo er – zum Schutz seiner Familie anonym – den „International Press Freedom Award“ entgegennahm, einen der renommiertesten Publizistik-Preise der Welt. In seiner Rede machte der Aktivist deutlich, dass Leute wie er sich im Schatten von zähen Verhandlungen und immer chaotischeren Kämpfen als Hoffnungsträger Syriens etablieren.

In Syrien engagieren sich heute tausende Bürgerjournalisten, als Einzelkämpfer oder in Plattformen vereint. Yusuf Eissa, ein 25-jähriger Journalist, meint, dass so eine neue, moderne politische Elite entsteht: „Zu den größten Hürden zählt nicht bloß, dass sich Syriens Konfliktparteien irgendwann auf Wahlen und ein neues politisches System eignen“, meint er. „Viel schwieriger wird es sein, Persönlichkeiten zu finden, die als Integrationsfiguren akzeptiert werden.“ Er beobachtet, dass viele Menschen nur

noch den Personen vertrauen, die sich vor Ort für ihre Belange einsetzen – und damit nicht der bewaffneten oder politischen Opposition, die sich viel zu lange völlig uneinig war.

Dabei gab es zuletzt ein zartes Signal in Richtung Einigung: Beim weiteren Anlauf der Genfer Friedensgespräche formierte sich eine Verhandlungsdelegation der Opposition, das „High Negotiation Committee“ (HNC). Darin schlossen sich fast zwei Dutzend Gruppen zusammen. Auch Vertreter der „Freien Syrischen Armee“ sind maßgeblich vertreten. Die Entwicklung gilt international als Fortschritt, wird in Syrien jedoch kritisch gesehen, vor allem wegen der Benennung Mohammed Allusch als HNC-Chefverhandler. Allusch hat in Saudi-Arabien Rechtswissenschaften studiert und ist Anführer einer der einflussreichsten Milizen, der „Jaisch al-Islam“ (Armee des Islams), die eine salafistische Ideologie verfolgt. Dass der Zusammenschluss des HNC erst auf Druck Saudi-Arabiens gelang und ausgerechnet Allusch die Führungsrolle übernahm, werten viele Syrer als Indiz für den starken Einfluss des Auslands auf die Opposition. Die Mitsprachemöglichkeiten der Syrer selbst sind gering. Zudem stehen sie radikalen Islamisten meist sehr skeptisch gegenüber – egal auf welcher Seite in diesen Konflikt sie stehen.

„Die Kluft zwischen der Exil-Opposition und den Leuten, die im Kriegsgebiet leben, wird immer größer“, betont Maya Hautefeuille, Sprecherin der Gruppe „Independent Doctors Association“ (IDA). Auch sie gewinnt rasant an Bedeutung. Als medizinische Hilfsorganisation 2013 im umkämpften Teil Aleppo gegründet, hat die Basisbewegung heute weit über die Krankenzim-

mer hinaus große Bedeutung in Syrien. „Zwei Drittel des medizinischen Personals war geflohen, wir brauchten dringend eine Notversorgung“, erklärt der Gründer, der Augenarzt Mahmoud Mustafa, seine Motivation. Heute arbeiten fast 400 Personen für die Gruppe. Mittlerweile kümmert sich die IDA, die zu 90 Prozent aus Hilfgeldern der deutschen Regierung finanziert wird, auch um die Versorgung chronisch unterernährter Kinder und intern Vertriebener. „Immer öfter diskutieren wir aber auch, welche langfristigen Folgen unser Engagement hat“, sagt Sprecherin Hautefeuille. Sie ist sich sicher: „Gruppen wie wir, können den politischen Grundstein für ein neues Syrien legen.“

Tausende Freiwillige Die Metamorphose von Helfern zu Hoffnungsträgern illustriert auch der Erfolg der „Weißen Helme“. Die 2014 entstandene Zivilschutzgruppe, für die Bäcker, Bankangestellte und Pianisten arbeiten, wird von der internationalen „Syrien Support Group“ finanziert. Fast 3.000 Freiwillige sind an 114 Orten im Einsatz, um in den von der Opposition gehaltenen Gebieten Menschen nach Luftangriffen zu bergen und in Krankenhäuser zu bringen. Schätzungsweise 40.000 Menschen verdanken ihr Überleben dieser Gruppe. „Derzeit retten wir Menschen aus den Trümmern“, sagt eine Mitarbeiterin der „Weißen Helme“. „Aber das ist nur eine Übergangsphase. Wir hoffen, dass die Zivilschützer irgendwann einmal auch die Trümmer dieser Zivilgesellschaft wieder aufbauen. Wir kümmern uns um die Anliegen der ganz normalen Menschen.“ Wie fast alle Aktivisten der Gruppe, will sie anonym bleiben. Eine Ausnahme ist der Direktor der Weißen Helme, Raed al Saleh. Anfang März meldete er sich bei einem Auftritt in London selbstbewusst zu Wort: „Wir bekommen mehr Mitgliedsanträge von Menschen, die noch in Syrien leben, als wir aufnehmen können. Denn wir sind das nette Gesicht Syriens geworden.“ Und noch ein weiteres, lange verloren geglaubtes „Gesicht“ des Widerstandes ist mit dem Inkrafttreten der Waffenstillstandsvereinbarung im Februar wieder in Syrien zu sehen: friedliche Demonstranten, die mit Transparenten für einen Wandel in ihrem Land kämpfen. „Wir haben nicht aufgegeben. Wir sind immer noch da“, war auf ihnen zu lesen. Oder: „Die Revolution geht weiter.“

Fast 200.000 politische Widersacher des Regimes wurden seit 2011 verhaftet, laut Angaben von Menschenrechtsgruppen dürften bis zu 70.000 in den Gefängnissen umgekommen sein. Doch mehr als erwartet haben offenbar überlebt, physisch wie politisch. Am fünften Jahrestag der Aufstände im Land fluteten viele Syrer die sozialen Medien regelrecht mit Bildern aus tausenden Städten und Dörfern Syriens, aus Alep-

po, Homs und aus Dara'a. In diesem Ort, gelegen im äußersten Süden des Landes, begannen im März 2011 die Massenkundgebungen gegen das Regime von Bashar al-Assad. Im Zuge der Entwicklungen gewinnen auch die schon im Januar 2011 in der Hauptstadt Damaskus sowie in deren Vororten entstandenen „Lokalen Organisationskomitees“ wieder an Bedeutung. „Mit Politik will ich nichts zu tun haben. Ich helfe nur beim Organisieren der Proteste gegen das Regime“, erklärt Hisham Asaad, einer der Aktivisten, die sich wieder

mit Transparenten auf die Straße wagen, sein Engagement; zweifellos ein ungewöhnliches Verständnis von Politik, das der 20-Jährige hier formuliert.

Erste Schritte „Wir müssen erst lernen, wie eine Demokratie wirklich ablaufen kann, was Politik ist“, sagt dazu Mohammed Bakkour. Der 56-Jährige ist Mitglied eines Komitees in der nordsyrischen Stadt Azaz. „Wir haben hier sogar schon so etwas wie eine lokale Stadtverwaltung gewählt. Doch das sind erste Schritte. Wir haben ja null Er-

fahrung mit demokratischen Prozessen und hätten schon 2011 viel mehr Unterstützung beim Aufbau neuer Fundamente gebraucht. Dann wäre in dieser Revolution vieles anders gelaufen“, ist er überzeugt. Bakkour ist dennoch optimistisch: „Wir, die Aktivisten am Boden, werden uns durchsetzen. Weil man uns zu vertrauen beginnt. Und dieses Vertrauen verleiht uns langfristig die größte Macht im Land.“

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Nahen Osten.

Pläne für ein neues Syrien

KURDEN Als Teil einer Föderation im Norden des Landes verändert sich ihre Agenda

Alles begann in Kobani, als Tausende Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) die syrische Grenzstadt zur Türkei angriffen. Mit aller Gewalt wollten sie den strategisch wichtigen Ort einnehmen. Damals, im Herbst 2014, schien das Schicksal von Kobani und von ganz Rojava besiegelt zu sein: Rojava heißt der hauptsächlich von Kurden bewohnte Landstrich im Norden Syriens. Aber im letzten Moment halfen die USA und die Luftangriffe der von ihr angeführten internationalen Anti-IS-Koalition. Es folgte ein nicht für möglich gehaltener Siegeszug der Kurdenmiliz YPG. Nach der Vertreibung des IS aus Kobani eroberten sie mit US-Hilfe bis Juni 2015 über 10.000 Quadratkilometer von den Extremisten zurück und kamen bis auf 30 Kilometer an ihre Hochburg in Rakka heran. Im Oktober gründete die YPG zusammen mit Christen, Turkmanen und Arabern die „Syrischen Demokratischen Kräfte“ (SDF). Die religiös und ethnisch übergreifende Militäralianz trieb den IS weiter in die Enge.

„Die SDF ist die zukünftige Basis für die nationale Armee Syriens“, meint Talal Selo, der turkmanische Sprecher des Bündnisses. Große Worte, die man aus dem fünfjährigen Bürgerkrieg von allen Konfliktparteien gewohnt ist. Doch in Rojava versucht man, sie in Taten umzusetzen. So treffen innerhalb der SDF die unterschiedlichen Milizen alle Entscheidungen gemeinsam. Und das, obwohl die kurdische YPG den größten Teil der Truppen stellt.

Neuorientierung Es ist ein Prinzip, das die Beteiligten aus der Zivilverwaltung kennen. Seit 2013 haben die drei Kantone Rojavas jeweils eigene Regierungen. Seit 2014 gibt es eine vorläufige Verfassung zu einem politischen System, das demokratischer Konföderalismus genannt wird. Das basisdemokratische Modell geht zurück auf den amerikanischen Anarchisten Murry Bookchin. Seine Bücher bekam Abdullah Öca-

lan in die Hände. Nach der Lektüre verordnete der Führer der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei (PKK) den Abschied von der bisherigen marxistischen Ausrichtung der PKK. Öcalan kann das, wovon er seit 1999 in der Türkei inhaftiert ist: Er ist Leitfigur und Übervater der syrischen und türkischen Kurdenorganisationen. In jedem Büro und selbst in Privatwohnungen hängen Poster von ihm.

Im März folgte ein weiterer Meilenstein: Auf einem Kongress im östlichen Städtchen Rumelan beschlossen mehr als 150 Delegierte aller Bevölkerungsgruppen Rojavas die Gründung einer Föderation. Der Landstrich, der sich rund 400 Kilometer entlang der türkischen Grenze vom Irak bis zum Euphrat erstreckt und die Region Afrin miteinschließt, soll eine gemeinsame Regierung erhalten. Wie schon die SDF und das autonome Kantonssystem, soll auch die neue Föderation eine Basis für das Syrien von morgen sein. „Das föderale System ist nicht nur für Nordsyrien, sondern ein Modell für das ganze Land“, erklärte

Scheich Hamd Shehade, der Führer eines arabischen Stammes und Teilnehmer des Kongresses in Rumelan. „Damit wollen wir Syrien nicht aufspalten“, betonte er. „Diese Initiative soll überall Schule machen.“

Sorge vor Spaltung Doch es hagelt Kritik. „Zum Scheitern verurteilt und gegen die territoriale Integrität Syriens“ gerichtet sei das Vorhaben, urteilte Bashar al-Jaafari, der syrische UN-Botschafter und Verhandlungsführer des Regimes bei den Friedensgesprächen in Genf. Und auch Raid Hijab, der Sprecher des Hohen Verhandlungsrats (HNC), der für die Opposition an den Friedensverhandlungen in Genf teilnimmt, warnte: „Das führt zur Spaltung des Landes und ist nicht zu tolerieren.“

Der weitaus größte Kritiker und Gegenspieler der neuen Föderation jedoch ist die Türkei. Für den Nachbarstaat ist die YPG ein Ableger der PKK Öcalans und damit eine „Bande von Terroristen“. Sie befürchtet zudem, dass die Kurden in in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein zusammenhängendes Autonomiegebiet schaffen wollen. Seit Februar beschießt sie YPG-Stellungen in Nordsyrien.

Doch die Türkei übersieht dabei, dass die Kurden sich durch den politischen Prozess notgedrungen verändern. Als Teil einer neuen Ordnung in der Region verliert ihr alter Kampf um Selbstbestimmung zunehmend an Bedeutung. „Die Kurden haben das noch nicht so richtig begriffen“, meint ein Vertreter der christlichen Gemeinde Rojavas. „Sie kämpfen jetzt plötzlich für die Rechte aller, nicht mehr nur für sich alleine. Da wackelt die alte Identität des Widerstands.“

Alfred Hackensberger

Kämpfer der kurdischen YPG-Miliz



Journalist Yusuf Eissa (links) und Politikaktivist Mohammed Bakkour



© Petra Ramsauer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das kostbare Nass

WASSERNOT Die gewaltigen Probleme zwingen Israel und seine Nachbarn zu einer umfassenden Kooperation

Selbst in Galiläa ist es zu Neujahr kalt. Und so dürfte der bewaffnete Trupp, der sich in der ersten Nacht des Jahres 1965 vom Libanon aus in Israel einschlich, gefroren haben. Vielleicht ging deswegen so viel schief: Der Sprengsatz aus sowjetischen Beständen, den die Männer wahrscheinlich voller Hast anbrachten, explodierte nicht. Auf dem Weg zurück wurden die Kämpfer von libanesischen Polizisten verhaftet. Und doch würde die Operation in die Geschichtsbücher eingehen: Es war die erste Aktion der al-Fatah, einer radikalen Organisation, die wenige Jahre später das Heft des palästinensischen Befreiungskampfs in die Hand nehmen und ihren Gründer Jassir Arafat zum bekanntesten Vertreter seines Volkes machen würde. Doch interessanter war das Ziel des Angriffs, der von Syriens Geheimdienst geplant worden war: eine schöne Wasserpumpe, Teil der israelischen „Nationalen Wasserleitung“, ein riesiger Kanal, der das kostbare Nass von Israels fruchtbarem Norden in die Negev-Wüste im Süden bringen sollte.

Zuflüsse umgeleitet Der Rohrkrepierer der Fatah schlug damals keine Wellen. Für Zeitgenossen war die Aktion Teil eines viel größeren Kampfes. Israelis nennen ihn bis heute den „Wasserkrieg“, bei dem Libanon, Syrien, Jordanien und Israel sich von Beginn der 1950er Jahre bis 1967 fortwährend Grenzschmützel lieferten. Dabei hatten die USA schon 1953 mit einem umfassenden Plan des Sondergesandten Eric Johnston die Grundlage für regionale Kooperation gelegt. Alle betroffenen Staaten hatten seiner gerechten Aufteilung des Wassers in der Jordansenke zugestimmt. Doch die Arabische Liga vereitelte den Plan: Sie verbot ihren Mitgliedstaaten die Teilnahme, weil er einer Anerkennung Israels gleichkäme. Sie fürchtete, ein blühender Negev könnte drei Millionen weitere jüdische Einwanderer aufnehmen und so die Hoffnung, Israel auslöschen zu können, zunichtemachen. Deswegen beschloss sie 1964, Israel zuzukommen und die Quell-

flüsse des Jordan umzuleiten, um dem Judentum das Wasser abzugraben. Ein „Vereintes Arabisches Oberkommando“ sollte die Erdarbeiten schützen und Angriffspläne vorbereiten. Arabische Medien prisen den Gipfel als „das erste Mal in der Geschichte der arabischen Völker, in dem sich alle arabischen Führer einig sind“. Die Ereignisse mündeten drei Jahre später in den Sechs-Tage-Krieg – einer der wichtigsten Kriege in Nahost, die auch um Wasser geführt wurden. Knapp 50 Jahre später könnte Wasser wieder zu einem Kriegsgrund werden. Die Natur hat die Levante sehr knapp bedacht: Sie beherbergt fünf Prozent der Weltbevölkerung, aber nur ein Prozent der weltweiten Süßwasservorkommen. Klimawandel, Bevölkerungswachstum und die verheerende, fehlgeleitete Politik der Region lassen diese Diskrepanz weiter zunehmen. So berichtete die US-Raumfahrtbehörde Anfang 2016, dass in der Region seit 1998 „die schlimmste Dürre seit 900 Jahren“ herrsche. Die meisten Klimamodelle sehen für die Region einen weiteren Rückgang der jährlichen Niederschläge voraus. Schon heute ist die Bevölkerung des Nahen Ostens eine der jüngsten der Welt. In vielen Staaten wird den Familienplanung weiter als „unislamisch“ abgelehnt. Kein Wunder also, dass hier eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten der Erde zu bezeichnen ist. Die verteilt sich zudem nicht gleichmäßig auf die Region: Flüchtlingsströme haben die Langzeitplanung vieler Staaten über den Haufen geworfen. So rechnete die 2009 formulierte Nationale Wasserstrategie Jordaniens damit, dass das Land 2022 etwa 7,8 Millionen Bürger mit Wasser versorgen müsse. Doch die immensen Flüchtlingsströme aus Syrien haben die Bevölkerung des Wüstenstaats bereits im Juli 2015 auf 8,1 Millionen Menschen hochschnellen lassen. Das verschärft die Was-



Angespannte Lage im Gazastreifen: Palästinensische Kinder aus einem Flüchtlingslager besorgen Wasser für ihre Familien.

© picture-alliance/AA

Die Region wird von der schlimmsten Dürre seit 900 Jahren heimgesucht.

sernot: Pro Kopf stammten 2013 nur 143 Kubikmeter Wasser aus erneuerbaren Quellen – dramatisch wenig im Vergleich zum Welt-durchschnitt von 7.700 Kubikmeter im Jahr. Selbst gute Planung täte sich angesichts dieser Umstände schwer, die langfristige und nachhaltige Trinkwasserversorgung im Land sicherzustellen. Dabei war der Umgang mit Wasser in der Region selbst in der nahen Vergangenheit weder von Weitsicht noch von Sparsamkeit geprägt. In den maroden Leitungen Jordaniens und der Palästinensischen Autonomiebehörde versickern 40 bis 75 Prozent des Wassers. Auch Saudi-Arabien verschwendete seinen wichtigsten Bodenschatz. Unter seinen Sanddünen, im arabischen Aquifer, dümpelte so viel Wasser wie im Eriesee, dem fünfgrößten See Nordamerikas. Mit Hilfe dieses Reservoirs mutierte das Land in den 1980er Jahren kurzfristig vom Wüstenstaat zum zehntgrößten Weizenexporteur der Welt. Man schenkte Bauern das Wasser, zahlte ein Vielfaches des internationalen Preises für die Ernte und erhob keine Steuern. Im Spitzenjahr 1992 sprossen hier mehr als 4,1 Millionen Tonnen Weizen – fünf Mal mehr als man verzehrte. Den Rest verschenkte man an Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Qatar, Bahrain, Jemen und Oman, oder es verrottete einfach.

Von den Spannungen zwischen Ägypten und Äthiopien wegen der Errichtung von Afrikas größtem Staudamm am Nil, über den Streit zwischen Israelis, Palästinensern und Jordanern um Wasser, die Debatte über die Nutzung fossiler Wasserreservoirs wie dem arabischen Aquifer, von dem fast alle Golfstaaten und Jordanien abhängen, bis hin zur türkischen Nutzung von Euphrat und Tigris, die schwerwiegende Konsequenzen für Syrien und den Irak hat – allerorts ist das Potenzial für Konflikte groß.

Sind die Weichen wie damals auf Krieg gestellt? Das Gegenteil ist der Fall: Denn die Probleme sind inzwischen so gewaltig, dass sie die Region zum Umdenken zwingen, nämlich zu grenzüberschreitender Kooperation wie im Falle des Gazastreifens. In Jemen, Jordanien oder Ostsyrien mag die Lage bedrohlich sein, hier ist die Wasserlage verheerend. Strommangel führt zu gewaltigen Versorgungsgaps: 70 Prozent der Haushalte Gazas verfügen nur alle zwei bis vier Tage etwa acht Stunden lang über fließend Wasser. Gaza hat nur eine einzige natürliche Wasserquelle, den Küstenaquifer, aus dem seit Jahrzehnten drei Mal mehr Wasser abgepumpt wird als jährlich nachfließt. Das senkt den Grundwasserspiegel, Meerwasser tritt ein und hebt den Salzgehalt des Grundwassers. Der ist mit 1.500 mg/l acht Mal höher als der empfohlene Höchstwert. Das Wasser in 75 Prozent der Brunnen ist für den menschlichen Verzehr eigentlich zu salzig. Sollte kein radikaler Wandel eintreten, dann rechnet die Weltgesundheitsorganisation schon für das Jahr 2020 damit, dass der Aquifer als Wasserquelle unwiderruflich unbrauchbar sein wird.

Grundwasser Die Versalzung ist indes nur ein Problem. Erst zwei Drittel von Gazas Bevölkerung ist an die Kanalisation angeschlossen. Und nur ein Viertel der Abwässer wird geklärt. Der Rest versickert in Senkgruben und verseucht das Grundwasser, mit falschen landwirtschaftlichen Praktiken wie dem verschwenderischen Gebrauch von Pestiziden. Und so ist der Nitratgehalt des Leitungswassers bis zu zehn Mal höher als erlaubt. Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO ist die stinkende Brühe in den Wasserhähnen, oder das nur unzulänglich geklärte Wasser privater Anbieter, für das manche Haushalte bis zu 30 Prozent ihres Einkom-

mens ausgeben, für ein Viertel aller Krankheiten im Gazastreifen verantwortlich. Die Hälfte von Gazas Kindern leidet unter parasitären Infekten und Durchfall. Der hohe Salzgehalt im Wasser führt zu Nieren- und Herzversagen, neurologischen Symptomen, Lethargie und Bluthochdruck. Der hohe Fluoridgehalt verursacht Gastritis, Magengeschwüre, Knochenbrüche und Zahnschäden. Diese Situation ruft nicht nur Vertreter palästinensischer Rechte auf den Plan. Längst haben auch Umweltschützer, Strategen und Militärs die Brisanz der Lage erkannt. In Gaza, in Jordanien, im Westjordanland oder in Jerusalem versteht man, dass die regionale Stabilität und eigene Sicherheit maßgeblich mit der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Nachbarn verknüpft sind. Eine Bevölkerung ohne Trinkwasser würde selbst für die Hamas unbeherrschbar, sie könnte Jordaniens König stürzen, einen Aufstand im Westjordanland anzetteln oder die Golanhöhen bedrohen. Denn auch in der arabischen Welt weiß man: In Israel gibt es Dank voraussetzender Politik reichlich gutes und sauberes Wasser. Augenscheinlich stand das Land vor denselben Problemen wie seine Nachbarn: Dieselben Dürren, ähnliches Bevölkerungswachstum, die gleiche Knappheit natürlicher Ressourcen. Dennoch erfreut sich das Land eines Wasserüberschusses – weil es das kostbare Nass effektiv verwaltet. Nur wenig Wasser geht in der Kanalisation verloren, der reiche Industriestaat kann es sich leisten, gewaltige Mengen Meerwasser zu entsalzen, Israels Landwirtschaft nutzt Wasser höchst effizient. Mehr als 90 Prozent der Abwässer werden geklärt und wiederverwendet. Statt um Wasser zu kämpfen, könnte Israel es nutzen um sich seinen Nachbarn zu nähern. Das geschieht bereits. Im März 2015 verdoppelte es die Wassermengen, die Gaza geliefert werden, auf zehn Mil-

Im Gazastreifen führt der hohe Salzgehalt des Wassers zu vielen Krankheiten.

lionen Kubikmeter. Auch wenn dies nur ein Anfang und zu wenig ist, zeigt es doch, dass selbst zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas ein Modus vivendi gefunden werden kann. Im Februar 2016 unterzeichneten Jerusalem und Jordanien einen Deal für ein gemeinsames Wasserprojekt: Es beinhaltet die Errichtung einer Meerwasserentsalzungsanlage in Akaba, von der Israel 35 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr kaufen wird. Im Gegenzug erhält Jordanien im Norden 50 Millionen Kubikmeter von Israel zurück. Die zurückbleibende Salzlauge soll von Akaba aus 200 Kilometer gen Norden gepumpt werden, um das Tote Meer wieder aufzufüllen.

Klare Arbeitsteilung Aber es soll noch weiter gehen. So trafen sich im Februar 2016 israelische, jordanische und palästinensische Experten, um eine umfassende Kooperation zur Lösung der Wassernot ihrer Länder auszuarbeiten. Sie träumen von klarer Arbeitsteilung: Israel stellt seinen Zugang zum Mittelmeer und sein Knowhow zur Entsalzung zur Verfügung. Der Strom soll in riesigen Solaranlagen in Jordaniens unbewohnten Wüstengebieten im Überschuss hergestellt werden – kostengünstig und umweltfreundlich. Davon würde auch der Hightech-Staat Israel profitieren, der derzeit nur zwei Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnt, und der im Idealfall bis zu 20 Prozent seines Bedarfs aus dem Nachbarland beziehen könnte – zu zwei Drittel der heutigen Kosten. Den Palästinensern fielen die Aufgabe zu, durch intensive Landwirtschaft eine Pufferzone für den Auffang von Wasser zu schaffen. Auch wenn das nur Zukunftsmusik ist, ist diese doch bereits in den Gängen der Regierungsgebäude aller Beteiligten hörbar. Und so scheint es nicht mehr undenkbar, dass Trupps, die in Zukunft nachts die Grenzen überqueren, nicht mehr Terroristen sind, sondern Techniker, die eine geteilte Infrastruktur instand halten.

Gil Yaron

Der Autor ist Nahost-Korrespondent der „Welt“ in Israel.

Die letzten beißen die Hunde

FLÜCHTLINGE Millionen Palästinenser vegetieren in tristen Lagern. Syriens Bürgerkrieg verschärft jetzt die Lage

In einem Land wie Jordanien, wo ein Drittel der Bevölkerung Flüchtlinge sind, gibt es viele trostlose Orte. Die viertgrößte Stadt im Land – das Flüchtlingslager Zaatar in für 80.000 Syrer – ist berühmt. Aber bei der Trostlosigkeit kann Zaatar nicht mit Dscharasch konkurrieren. Seine 40.000 Bewohner verdeutlichen die Probleme palästinensischer Flüchtlinge. Die sind nicht nur ärmer als andere Palästinäer, sondern gleich doppelt gestraft: Ihre Vorfahren flohen zwar vor Jahrzehnten aus ihrer Heimat, doch sie kamen nie in einer neuen Heimat an. Als ehemalige Bewohner des Gazastreifens, der bis zum Sechs-Tage Krieg 1967 Ägypten gehörte, gewährt Jordanien ihnen keine Staatsbürgerschaft. Außer niedrigen Tätigkeiten dürfen sie weder im öffentlichen

Sektor noch im Finanzsektor oder der Tourismusbranche arbeiten, keiner Gewerkschaft beitreten und keine Praxen eröffnen. Dennoch müssen selbst sie sich im Vergleich zu palästinensischen Flüchtlingen in anderen Ländern noch glücklich schätzen. Als Israel 1948 gegründet wurde und fünf arabische Armeen einmarschierten, um den Judentum auszulöschen, entstanden zwei große Flüchtlingsprobleme: Das bekanntere sind die „Palästinäer“. Die UN definierte sie als all jene, deren „normaler Wohnort sich zwischen Juni 1946 und Mai 1948 im Mandatsgebiet Palästinas befand, die infolge des Krieges von 1948 zugleich Heim und Lebensgrundlage verloren.“ Dieser Definition entsprachen 10.000 vertriebene Juden und 700.000 Araber – die Schätzungen gehen auseinander. Die Juden wurden schnell in Israel absorbiert, die Araber in den umliegenden Staaten kamen in Lagern unter. Kurz darauf schufen die Vereinten Nationen die UNRWA, das Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser, und somit zwei Besonderheiten: Palästinenser

sind die einzige Flüchtlingsgruppe mit eigenem Hilfswerk. Und sie sind die einzigen, die ihren Status an Nachkommen väterlicherseits vererben. Deswegen zählt UNRWA heute 5,2 Millionen palästinensische Flüchtlinge, davon aber nur 30.000 Überlebende der Ereignisse von 1948. 1,5 Millionen von ihnen leben in 59 Flüchtlingslagern der UNRWA.

Misstrauisch überwacht Die meisten Flüchtlinge – 2,4 Millionen – leben in Jordanien, meist unter besseren Bedingungen als die Bewohner Dscharaschs. 95 Prozent sind jordanische Staatsbürger. Dennoch werden sie misstrauisch von Sicherheitsorganen überwacht, nur 17 Prozent der Palästinenser heiraten „echte“ Jordanier. Die zweitgrößte Flüchtlingsgemeinschaft – 2.050.000 Menschen – lebt im Gazastreifen und dem besetzten Westjordanland. Im Gazastreifen leben 43 Prozent der Flüchtlinge in acht UNRWA Lagern, im Westjordanland sind es knapp 30 Prozent in 19 Flüchtlingslagern. Sie haben Rechte wie die anderen Palästinenser in ihrer Umgebung.

Dennoch wohnt in den Lagern der ärmste und radikalste Teil der Bevölkerung. Oft sind sie rechtlose Enklaven, über die die radikal-islamische Hamas oder die Palästinensische Autonomiebehörde kaum Kontrolle haben. Ähnlich verhält es sich mit 500.000 palästinensischen Flüchtlingen, die bei der UNRWA in Libanon registriert sind. Wie viele Palästinenser tatsächlich dort leben, ist unbekannt, da Hunderttausende das Land verlassen haben. Aus innenpolitischen Gründen weigerte sich Libanon, muslimische Palästinenser im Land zu integrieren. Bis heute dürfen sie 36 Berufe nicht ausüben. Der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen bleibt ihnen verwehrt. Sie dürfen außerhalb der zwölf streng bewachten, überfüllten Flüchtlingslager keine Immobilien besitzen. Und so leben zwei Drittel von ihnen in extremer Armut. Syriens Bürgerkrieg hat diese Lage verschärft. Bis zu einer Million syrische Flüchtlinge kamen ins Land, unter ihnen 50.000 Palästinäer. Von einst 500.000 Palästinensern in Syrien sollen 300.000 vor den Kriegswirren



Syrische Flüchtlinge drängen sich im Lager Zaatar in Jordanien.

© picture-alliance/dpa

gelothen sein – auch nach Europa. Die neue Flüchtlingswelle hat die Spannungen im Libanon verschärft, was auch die Sicherheit der Palästinenser bedroht. Palästinensische Flüchtlinge leben auch in anderen arabischen Staaten. In Saudi-Arabien sind es 240.000 – als einzige Volksgruppe haben sie kein Recht auf Einbürgerung. 50.000 leben in Ägypten, wo sie weder offiziell ansässig werden noch sich als Flüchtlinge eintragen lassen können. Knapp 70 Jahre nach der Vertreibung oder Flucht ihrer Vorfahren sind die Palästinenser

Paradebeispiel dafür, wie ein Flüchtlingsproblem nicht angegangen werden darf. In ihren arabischen Gastländern diskriminiert und als politisches Instrument missbraucht, gesetzlich von der UNRWA als Flüchtlinge verewigt, wächst ihr Problem mit jeder Generation. Als Gegenbeispiel können die 800.000 Juden dienen, die zur selben Zeit aus arabischen Ländern vertrieben und von Israel aufgenommen wurden. Diese „Palästinäer“ sind heute vollwertige, vollkommen integrierte Bürger ihres Staates geworden.

yar

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Schwarz-Weiß. So erlebt der Fremde Saudi-Arabien auf den ersten Blick. Frauen müssen die knöchellange schwarze Abaya und dazu ein Kopftuch tragen, Männer sind in weiße Kutten gehüllt. Ebenso streng reglementiert erscheint das konservative wahhabitische Weltbild: Dazu gehören öffentliche Hinrichtungen, inhaftierte Menschenrechtsaktivisten, Frauen, die nicht Auto fahren dürfen, das Verbot von Kinos und Theatern. Als westliche Journalisten dürfen wir uns im Land nicht ohne Begleiter bewegen. Einen Tag, nachdem wir gegenüber Spaziergängern am Strand das Wort „Menschenrechte“ erwähnen, bekommen wir Arbeitsverbot. Doch es gibt auch Menschen, die quer denken und dem Land Farben geben: Künstler, Unternehmer und Menschenrechtler. Einwohner Saudi-Arabiens, die zeigen, dass die Grenzen der Meinungsfreiheit durchaus dehnbar sind. Wenn man Glück hat.

Strenge Regeln Rot ist heute verboten. Am Valentinstag dürfen die Saudis keine rote Kleidung tragen und keine roten Geschenke machen. Alles Teufelszeug, sagt ein Imam in Riad. „Eines war ihm dabei durchgerutscht“, feixt der Unternehmer Khalid Al-Khudair. „Was sollen wir nur mit der Schimack machen?“ Das Tuch, das die Saudis in traditioneller Weise auf dem Kopf tragen, ist rot-weiß. Gleich am Morgen verkünden staatstreuere Zeitungen eilig, das Tuch sei selbstverständlich von der Regel ausgenommen.

Al-Khudair ist der Chef von glowork, einer privaten Arbeitsagentur für Frauen in der Hauptstadt Riad. 90 Prozent der Mitarbeiter sind hier weiblich – so etwas gibt es mittlerweile in Saudi Arabien. Der Arbeitsmarkt für Frauen boomt, in den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der arbeitenden Frauen von 40.000 auf aktuell eine halbe Million gestiegen. „Wir unterziehen uns im Königreich gerade einem sozialen Experiment“, sagt Al-Khudair. „Das Verhalten Frauen gegenüber hat sich in den vergangenen Jahren verändert.“

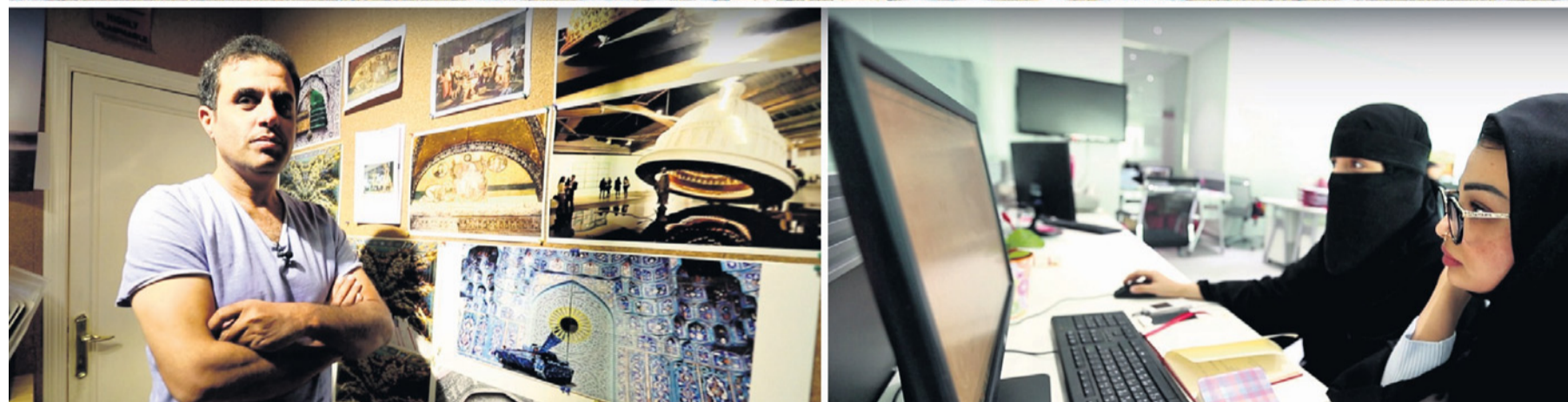
Seine Agentur gleicht amerikanischen Start-up-Unternehmen: helle große Räume, modern eingerichtet, die Mitarbeiter kaum älter als 30. Wie von der Religionspolizei verlangt, gibt es einen extra Frauenraum, in dem ohne Schleier gearbeitet wird. Als ein männlicher Mitarbeiter Wasserflaschen bringt, greift niemand zum Kopftuch. Doch kaum nehmen wir die Kamera in die Hand, verschleiern sich alle – es geht um das Bild, das man nach außen abgibt.

Mit kleinem Nasenschmuck und großer Brille berät die 26-jährige Ifrah eine Jobsuchende. „Wir jungen Leute wollen heute mehr“, sagt sie. „Die neue Generation hat sich verändert, denkt anders.“ Ifrah sprüht vor Energie und hat ihr Ziel klar vor Augen: „Ich will eine bedeutende Frau in Saudi-Arabien werden. Wir Frauen bilden doch 50 Prozent der Gesellschaft, wir werden etwas bewegen. Bald schon.“

Wahlrecht für Frauen Im vergangenen Dezember durften saudische Frauen zum ersten Mal seit der Gründung des Königreichs vor 84 Jahren an der Wahl der Gemeinderäte teilnehmen. Sie sind die einzige politische Vertretung im Königreich, über deren Zusammensetzung die Bürger mitbestimmen können, ihr Einfluss ist jedoch begrenzt. „Wir haben eine große Kampagne gestartet und den Frauen ihre Rechte erklärt“, sagt die 33-jährige Shaika al Sudairy vom Verein al-Nahda, der arme, meist allein erziehende Frauen unterstützt. Doch allen Bemühungen zum Trotz gingen am Ende von rund fünf Millionen wahlberechtigten Frauen nur 130.000 zur Wahl. Vielleicht, weil sie noch nicht an ihre eigene Stimme glaubten, vielleicht aber

Reise in das Land der roten Linien

SAUDI-ARABIEN Wie Künstler, Frauenrechtlerinnen und Menschenrechtsaktivisten die engen Grenzen der Meinungsfreiheit austesten



„Weg“ heißt eine Arbeit des saudischen Künstlers Abdulnasser Gharem (Bild unten links), sie zeigt eine Brücke ins Nichts. Das Bild rechts zeigt die junge Ifrah (vorne), die in einer privaten Arbeitsagentur Frauen auf Jobsuche berät.

auch, weil männliche Familienmitglieder sie davon abhielten. Dass von den 2.100 Abgeordneten in den Stadt- und Gemeinderäten jetzt immerhin 20 Frauen sind, ist mutigen Vorkämpferinnen wie Samar Badawi zu verdanken. Die Schwester des inhaftierten Bloggers Raif Badawi klagte 2011 als erste Frau in Saudi-Arabien ihr Wahlrecht bei den damaligen Wahlen ein. „Mein Mann durfte sich registrieren. Mir haben sie gesagt, dass Frauen sich nicht eintragen dürfen. Ich war schockiert. Gleich am nächsten Tag habe ich Be-

schwerde eingelegt“, erklärte Badawi uns damals in ihrem kleinen Apartment in der Hafentadt Dschidda. Ihr Bruder Raif brachte Tee, ihr Ehemann Waleed Abu Al Khair übersetzte und stellte klar: „Die Regierung behauptet, dass die Frauen zu Hause am Herd bleiben möchten, aber das ist einfach nicht wahr. Samar und viele andere Frauen wollen dringend den Wandel.“ Vor fünf Jahren war die Klägerin zuversichtlich: „Ich hoffe, dass wir Frauen bald wählen dürfen und vertraue jetzt auf unsere Rechtsprechung, die ich für fair und ge-

recht halte.“ Das würde die 34-Jährige heute wohl nicht mehr so sagen. Bruder und Ehemann, ein renommierter Menschenrechtsanwalt, sitzen für zehn und 15 Jahre im Gefängnis. Die Menschenrechtsorganisation, die ihr Mann mitgegründet hatte, wurde verboten, acht der elf Gründungsmitglieder sitzen hinter Gittern. Samar Badawi lebt heute allein mit ihrer kleinen Tochter, die zwei Monate nach der Inhaftierung ihres Vaters zur Welt kam. Bei der Polizei musste Samar unterschreiben, dass sie nicht mehr mit der Presse spricht.

Zu einer solchen Selbstverpflichtung wurde auch die Frauenrechtlerin Aziza Al Yousef gedrängt. Mit dem Auto war sie wiederholt durch die ruhige Straße in der Nähe ihres Hauses in Riad gefahren. „Bis vor zwei Jahren bin ich regelmäßig gefahren, es war sicher, nichts ist passiert“, berichtet sie. Ein Video von ihrem Ausflug stellte sie auf das Videportal YouTube, das bei Saudis extrem beliebt ist; es bekam 400.000 Klicks und stieß auf viele positive Reaktionen. Vor zwei Jahren wurde Al Yousef dann beim Autofahren verhaftet. Um freizukom-

men, musste ihr Mann sie auslösen und unterschreiben, dass sie nie mehr fahren wird. Nun wartet Al Yousef auf einen Erlass des Königs, der Frauen das Autofahren erlaubt. „Wir leben von der Hoffnung“, sagt sie.

Auf YouTube machen sich saudische Comedians über das Fahrverbot lustig. Bob Marleys Song haben sie umgedichtet zu: „No woman, no drive“. Ironisch wiederholen sie die wilde Behauptung eines Imams, dass Frauen ihre Eierstöcke durch eigenes Fahren gefährden – Humor als Mittel, um Missstände aufzuzeigen. Doch die Truppe repräsentiert nur eine kleine, liberale Minderheit in Saudi-Arabien. „Die meisten sind dagegen, dass Frauen fahren, mindestens die Hälfte“, schätzt der Unternehmer Alla Yousef vom Internetkanal Telefaz 11, der das Video online gestellt hat.

Viel Druck Mit ein paar Freunden sitzt Yousef rauchend auf der Couch in einem Künstlerstudio, in dem sich Querdenker, Künstler, Galeristen treffen. Gegründet hat es Abdulnasser Gharem, der 23 Jahre lang in der saudischen Armee gedient hat. Seit zwei Jahren widmet er sich ausschließlich Kunst. „Es gibt eine Menge Druck von der Gesellschaft, der Familie, der Schule“, sagt er. „Niemand sagt hier freiwillig, was er wirklich denkt.“

Gharems Kunst ist meist im Ausland zu sehen, doch über die sozialen Netzwerke, die im Land äußerst populär sind, findet sie den Weg zurück ins Land. Er arbeitet an großformatigen Bildern, deren Basis kleine Stempel sind – eine Anspielung auf die saudische Bürokratie, die Vieles zu verhindern weiß. „Ich schaffe mir lieber meine eigenen Stempel“, sagt Gharem. Eines seiner ersten Werke ist das Foto einer Brücke, die im Nichts endet. Behörden hatten sie bauen lassen, nur zwei Jahre später stürzte sie ein. Es gab Tote. „Mit Freunden habe ich nächtelang nur ein Wort auf diese Brücke gesprochen: der ‚Weg‘.“

Er nimmt damit Bezug auf die Predigten der Muezzins, in denen die Gläubigen immer wieder aufgefordert werden, den richtigen Weg nicht zu verlassen. Was aber ist der richtige Weg? Diese Frage treibt Gharem um. „Geht es darum, blindlings zu folgen, oder kannst Du selber einen Weg vorgeben, anderen ein Beispiel sein?“

Künstler wie Gharem setzen sich in Saudi-Arabien einem hohen Risiko aus. Ungläubigkeit, Aufwiegelung und Ungehorsam gegenüber dem Königshaus werden nicht selten mit dem Tode bestraft. Gharem meint: „Ich überschreite die rote Linie nicht, ich teste sie nur aus.“

Weltweite Proteste Gharems Freund, der Dichter Ashraf Fayad, ist in den Augen des Regimes zu weit gegangen. 2013 gestaltete er auf der Biennale in Venedig noch den saudischen Pavillon. Im November 2015 wurde er zum Tode verurteilt. Der Vorwurf: Apostasie – Abfall vom Glauben. In seinen Gedichten will das Gericht Gotteslästerung und Propagierung des Atheismus entdeckt haben – für viele Beobachter ein Vorwand, um den kritischen Künstler zum Schweigen zu bringen. „Das Schicksal hat Ashraf gewählt“, sagt Gharem, „aber es hätte jeden von uns treffen können. Gott sei Dank haben sie die Strafe jetzt auf acht Jahre Gefängnis reduziert.“

Dutzende Künstler und Intellektuelle hatten sich weltweit für den Dichter eingesetzt. Auch viele Organisationen aus Europa und den USA hätten für Ashraf gekämpft, sagt Gharem. Eine Erfahrung, die ihm Hoffnung gemacht hat: „Nun fühle ich mich als Künstler sicher – ich weiß, es gibt da ein paar Menschen, die auf uns aufpassen.“ Felicitas von Twickel //

Die ZDF-Autorin reiste Anfang des Jahres für eine Reportage 14 Tage lang durch Saudi-Arabien.

Ziemlich feste Feinde

REGIONALMÄCHTE Die erbitterte Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran hat eine lange Vorgeschichte. Im Moment ist sie eine der größten Bedrohungen für den Nahen Osten

Der Streit beginnt bereits bei den Begriffen: Persischer Golf, Arabischer Golf, „islamischer Golf“ – das Gewässer, das die arabische Halbinsel vom iranischen Hochland trennt, trägt viele Namen. Diplomaten zwingt es regelmäßig zum Navigieren zwischen begrifflichen Untiefen. Seit Jahrzehnten konkurrieren Saudi-Arabien und der Iran offen um die Rolle als Führungs- und Gestaltungsmacht am Golf. Stets geht es dabei auch um den hohen Anspruch, für die gesamte muslimische Welt zu sprechen: Das vorwiegend sunnitische Saudi-Arabien als Hüter der heiligen Stätten von Mekka und Medina, der schiitisch geprägte Iran mit seinem Emanzipationsversprechen und seinem islamischen Revolutionsexport. Während sich Saudi-Arabien als Stabilitätsfaktor sieht, als Fürsprecher sunnitischer Muslime weltweit und als einer der engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten, versammelte der Iran lange Zeit alle jene Akteure in der Region, die in den USA nichts anderes als den „den großen Satan“ sehen wollten. Er versteht und versteht sich in diesem Sinne auch als Anwalt jener schiitischen Minderheiten, denen die mit den USA verbündeten sunnitischen Herrscher am Golf die Partizipation verweigern. Genau diesen Versuch einer konfessionellen Patenschaft wertet aber insbe-

sondere Saudi-Arabien als Einmischung in innerarabische Angelegenheiten und als Beweis iranischer Expansionsgelüste. In Riad fürchtet man nichts mehr als eine von außen gesteuerte Mobilisierung der eigenen schiitischen Minderheit, die im Osten des Königreichs – und damit über den größten Ölfeldern – zu Hause ist. Iran, so der Vorwurf, wolle die Aufstände in der arabischen Welt gegen die vom Westen unterstützten autoritären Regime und damit gegen die Saudis vereinnahmen. Teheran wiederum kontert, dass man den Iran schwerlich für Korruption, die Unterdrückung religiöser Minderheiten und schlechte Regierungsführung verantwortlich machen könne, die zu eben diesen Aufständen geführt hätten.

Geländegewinne Ins Rutschen gekommen sind die Dinge allerdings schon vorher. Als in der Folge des Einmarschs von US-Truppen im Irak und des Sturzes Saddams Husseins 2005 eine schiitisch geprägte und iranfreundliche Regierung in Bagdad ins Ruder kam, sah Riad darin bereits einen Geländegewinn für den Erzkonkurrenten Teheran. Hinzu kam in dieser Zeit die Befürchtung, dass sich der Iran mit seinem Atomprogramm tatsächlich zur Nuklearmacht am Golf aufschwingen könnte – später abgelöst

durch die Sorge, dass man dem Iran bei den E3+3 Verhandlungen viel zu weit entgegenkomme. Seit 2011 erlebten die Saudis zudem, dass langjährige Verbündete wie Ägyptens Präsident Husni Mubarak vom Volk in die Wüste geschickt wurden. Besonders irritiert war man in Riad offenbar, dass man das in Washington achselzuckend zur Kenntnis nahm oder offen begrüßte. Gerade das Bei-

spiel Ägyptens stellte 2012/2013 das saudische Königshaus außerdem vor eine durchaus auch machtpolitische Herausforderung. Dort demonstrierte Präsident Mohammed Mursi als Vertreter der Muslimbrüder, wie man auf demokratischem Wege eine Mehrheit hinter sich versammelt – ein womöglich attraktiveres Modell des politischen Islams, als es die feudale Erbmonarchie am Golf bieten kann. Heute bringen die aus dem Ölpreisverfall und aus verschleppten Reformen resultierenden wirtschaftlichen Probleme die saudische Führung innenpolitisch zusätzlich in Erklärungsnot. Dazu kommen Kosten, die sich das Land für die offen ausgetragene Rivalität mit dem Iran leistet: Einerseits finanziell und militärisch etwa im Krieg im Jemen gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Milizen, andererseits politisch, etwa durch die offene Unterstützung des sunnitischen Herrscherhauses in Bahrain gegen die dortige schiitische Bevölkerungsmehrheit. Außenpolitisch zeigt das Beispiel Syriens und der Aufstieg des „Islamischen Staats“ (IS), wie eng der Spielraum für die saudische Führung ist: Sie möchte die Achse Syrien-Iran aufbrechen, kann aber andererseits nicht akzeptieren, dass sich auf dem syrischen Trümmerfeld mit dem IS ein islamistischer Akteur mit Kalifatanspruch etabliert. Offensi-

ver gegen den IS vorzugehen, verbietet sich jedoch wiederum, um sich im eigenen Land nicht dem Vorwurf wahhabitischer Hardliner auszusetzen, die „sunnitischen Brüder“ des IS mit ihrer verwandten Auslegung des Islams ans Messer zu liefern. Für den Iran stellt sich die Situation unterdessen womöglich weit weniger günstig dar, als man es in Saudi-Arabien annimmt: De facto hat das Land bis auf das Assad-Regime, den Irak und die Hisbollah-Milizen in Libanon keine wirklichen Verbündeten in der Region. Knapp drei Viertel aller iranischen Exporte gehen in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach China. Ob sich das Land mit dem möglichen Ende der Atomsanktionen in diesem Jahr von dieser Abhängigkeit befreien kann und seinen großen, bisher isolierten Markt internationalen Investoren öffnet, ist längst noch nicht ausgemacht: Zu eng sind die einflussreichen Revolutionsgarden mit den einträglichsten Geschäften im Lande verflochten, zu stark womöglich auch die ideologischen Beharrungskräfte, zu wirkungsmächtig die Ablehnung der USA als Ordnungsmacht in der Region. Der „Oberste Religionsführer“ Ali Khamenei hat kurz nach dem Abschluss der Atomverhandlungen klargestellt, dass eine Annäherung an den Erzfeind USA keinesfalls gewünscht ist.

STICHWORT

Rivalen am Golf

> **Wirtschaft** Saudi-Arabien erwirtschaftet mit seinen rund 30 Millionen Einwohnern ein jährliches BIP von rund 20.000 US-Dollar, Iran mit seinen rund 78 Millionen Einwohnern rund 5.000 US-Dollar pro Kopf.

> **Erdöl** Die Monarchie am Golf ist mit 530 Millionen Tonnen pro Jahr größter Ölförderer der Welt und hat nach heutigem Stand die zweitgrößten Ölreserven. Der Iran belegt mit rund 162 Millionen Tonnen Platz sechs unter den Ölförderländern und gilt als Land mit dem drittgrößten Reserven.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Ehrgeizige Ziele, alte Ängste

TÜRKEI Der Regionalmächtsaspirant steht vor vielen Herausforderungen. Große Sorge vor einem unabhängigen Kurdenstaat

Auch fast 100 Jahre nach 1918 ist der Erste Weltkrieg in der Türkei in gewisser Weise noch nicht zu Ende. Nach wie vor sehen türkische Politiker den Nahen Osten durch die Brille der damaligen Machtverhältnisse.

Auch in anderen Ländern, die im Verlauf ihrer Geschichte viel an Macht, Einfluss und Herrschaftsgebieten eingebüßt haben, gibt es Großreich-Phantomschmerzen. Selten sind die Folgen dieser unbewältigten Vergangenheit aber so wichtig für die moderne Politik wie die daraus resultierende Haltung der Türkei zum Nahen Osten. Die Erinnerung an die jahrhundertlange osmanische Herrschaft über die Region, die Niederlage im Ersten Weltkrieg und der anschließend gescheiterte Versuch der Siegermächte, die heutige Türkei aufzuteilen, formen die Positionen der Erdogan-Regierung in Syrien und anderswo.

Als sich Präsident Recep Tayyip Erdogan kürzlich darüber aufregte, dass westliche Diplomaten an der Eröffnung eines Strafprozesses gegen prominente regierungskritische Journalisten teilnahmen, sekundierte sein ehemaliger Redenschreiber Aydin Ünal mit dem Vorwurf, der Westen wolle die Türkei knechten. Wie damals bei der Aufteilung des Nahen Ostens durch Franzosen und Briten vor 100 Jahren seien auch heute wieder die Feinde der Türken am Werk, schrieb Ünal in der regierungsnahen Zeitung „Yeni Safak“. Erdogan wehre sich gegen diese „Kolonialmentalität“.

Entscheidenden Anteil an der Positionierung der Türkei hat Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, der als Professor der Politikwissenschaften im Jahr 2003 außenpolitischer Berater Erdogans wurde und von 2009 bis zu seiner Ernennung zum Premier vor zwei Jahren Außenminister der Türkei war. Davutoglu veränderte die Selbstsicht der Türkei grundlegend: Seit seiner Amtszeit im Außenministerium betrachtet sich das Land nicht mehr als Vorposten des Westens im Nahen Osten, sondern als eigenes Machtzentrum und regionale Führungsnation. In der Region könne sich ohne die Türkei kein Blatt regen, prahlte Davutoglu einmal.

Im Arabischen Frühling glaubten Erdogan und Davutoglu, diese Vision umsetzen zu können. Sunnitische Gruppen wie die Muslimbrüder in Ägypten waren im Aufwind, die islamisch-konservative Regierungspartei AKP mit ihrer Mischung aus religiösen Grundwerten und weltöffnere

Marktwirtschaft wurde als Vorbild präsentiert. Die Türkei stehe nicht auf der Seite von Diktatoren wie Muammar al-Gaddafi in Libyen oder Hosni Mubarak in Ägypten, sondern auf der Seite der nach Demokratie dürstenden Bevölkerungen, sagte Davutoglu. Zeitweise machte die Vorstellung einer Art „Nahost-EU“ mit der Türkei als Führungsmacht die Runde.

Behlül Özkan, ein ehemaliger Student Davutoglus und heutiger Politologe an der Istanbul Marmara-Universität, erkennt beim Ministerpräsidenten ein fast messianisches Sendungsbewusstsein. Davutoglu sei ein „Pan-Islamist“, der die islamische Welt unter türkischer Führung einen wolle, sagt Özkan.

Als vor fast genau fünf Jahren beim südlichen Nachbarn Syrien der Aufstand gegen Präsident Baschar al-Assad ausbrach, setzte Ankara auch rasch auf einen Machtwechsel in Damaskus. Davutoglu sagte den baldigen Sturz des Staatsoberhauptes voraus. Doch daraus wurde nichts, auch wenn die Türkei nichts unversucht ließ. Bei der Unterstützung der Assad-Gegner arbeitete das Land nach Angaben westlicher Diplomaten in den ersten Jahren des Syrienkrieges auch mit radikal-islamischen Gruppen zusammen, weil sich die Türkei davon eine schnellere Entmachtung Assads versprach. Die Regierung sei überzeugt

gewesen, diese Milizen kontrollieren zu können, sagte ein Diplomat in der Hauptstadt.

Inzwischen distanziert sich die Regierung von den Radikalen, auch wenn westliche Politiker kritisieren, dass Ankara immer noch zu wenig unternehme, um die Grenze zu Syrien für Kämpfer des „Islamischen Staats“ (IS) und andere Gruppen undurchlässig zu machen. Seit dem vergangenen Sommer beteiligt sich das Land aktiv an der internationalen Anti-IS-Koalition, die von türkischen Stützpunkten aus Stellungen der Dschihadisten in Syrien angreift. IS-Anhänger haben in der Türkei mehrere schwere Selbstmordanschläge verübt.

Doch der Syrien-Konflikt ist für die Türkei nicht nur eine Angelegenheit des Kampfes gegen Assad und gegen den IS. Seit sich die schiitische Regionalmacht Iran hinter den syrischen Präsidenten gestellt hat, macht sich die alte türkisch-iranische Rivalität wieder verstärkt bemerkbar. Das Verhältnis Ankaras zur Großmacht Russland ist wegen des Syrien-Krieges ebenfalls in eine schwere Krise gestürzt.

Hinzu kommt die alte Angst der Türken vor einem eigenen Kurdenstaat. Die Demokratische Unionspartei (PYD), die größ-



Ministerpräsident Ahmet Davutoglu (links) und Präsident Recep Tayyip Erdogan werkeln an der Rolle der Türkei im Nahen Osten.

© picture-alliance/AA

Die Türkei setzte auf einen Machtwechsel in Syrien. Doch daraus wurde nichts.

te Kurdenpartei Syriens, hat sich mit ihrer Miliz YPG im Machtvakuum des Bürgerkrieges ein Autonomiegebiet entlang der türkischen Grenze gesichert und versucht, dieses weiter auszubauen. Ankara befürchtet, dass die Kurden einen Gebietsriegel entlang der ganzen Länge der türkisch-syrischen Grenze erobern und dort einen eigenen Staat errichten könnten. Das allein wäre für die Türkei schon schlimm genug. Noch ernster wird die Lage aus türkischer Sicht dadurch, dass die PYD der syrische Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist – also jener Rebellen, die seit mehr als 30 Jahren gegen Ankara kämpfen. Ermuntert durch die Erfolge der PYD auf der syrischen Seite der Grenze hat die PKK im Kurdengebiet der Türkei eben-

falls sogenannte Autonomiezonen ausgerufen, was den Konflikt mit der türkischen Staatsmacht neu angeheizt hat. Mehrere hundert Menschen sind in den vergangenen Monaten bei heftigen Gefechten im türkischen Südosten getötet worden.

Rote Linie Eine weitere Ausbreitung der kurdischen Einflusszone jenseits der Grenze in Syrien wäre für die türkische Regierung ein Kriegsgrund – eine „rote Linie“, wie sie mehrmals öffentlich gewarnt hat. In den vergangenen Wochen hat die türkische Artillerie bereits Stellungen der YPG in Syrien von der Türkei aus unter Beschuss genommen. Die Rolle der Kurden im Syrien-Konflikt hat zudem Streit zwischen der Türkei und den USA ausgelöst.

Die Amerikaner sehen die PYD als wichtige Verbündeten im Kampf gegen die IS-Dschihadisten, während die Türkei die syrische Kurdenpartei als Terrorgruppe verdammt.

Krach mit den USA, Krise mit Russland, Spannungen mit dem Iran, offene Feindseligkeit gegenüber Syrien – fünf Jahre nach Ausbruch des Syrien-Konflikts ist von den türkischen Regionalmächts-Träumen in Nahost nicht viel übrig. Von einem Kurswechsel wollen Erdogan und Davutoglu dennoch nichts wissen. Ihre Anhänger wie der Ex-Redenschreiber Ünal sehen hinter dem Problem lediglich die angeblichen Versuche von Türkei-Feinden in der internationalen Arena, den Aufstieg Ankaras zu hintertreiben. Andere Beobachter

sind besorgt. „Die meisten Türken sind vernünftig genug, um die zunehmend gefährliche Sackgasse zu erkennen, in der sich ihr Land befindet“, schrieb der Kolumnist Semih Idiz vor kurzem in der Zeitung „Hürriyet Daily News.“ Die Opposition sieht in dem bedingungslosen „Assad muss weg“ der Regierung ohnehin einen schweren Fehler, der das Land zur Kriegspartei in einem anderen Land gemacht habe. Noch ist offen, wie das Abenteuer Syrien für die Türkei enden wird – und ob Erdogans Regionalmächtsansprüche am Konflikt beim südlichen Nachbarn zerbrechen werden.

Susanne Güsten

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

Die aufgegebene Region

USA Zum Verdross der Konservativen scheut Präsident Obama militärische Lösungen

Bald ist es sieben Jahre her, dass ein amerikanischer Präsident im Nahen Osten geradezu revolutionäre Töne anschlug. In der Universität von Kairo streckte Barack Obama im Juni 2009 der arabischen Welt die Hand aus, leistete Abbitte für amerikanische Misssetaten, skizzierte ein wünschenswertes Panorama aus Frieden und Toleranz und warb eindrucksvoll für ein Ende des jahrzehntelangen Kulturkampfes: „Der Kreislauf von Verdächtigungen und Uneinigkeit zwischen der islamischen und der westlichen Welt muss beendet werden.“

Im Frühjahr 2016 ist von diesem Optimismus so gut wie nichts mehr geblieben. Missgunst und Hass prägen diesen Teil der Welt, der nur noch als Pulverfass wahrgenommen wird. An den zentralen Brandherden hat sich die Lage noch verschlimmert. Anderswo regiert Stagnation. Eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina ist in weite Ferne gerückt. Im Irak ist nach dem inzwischen teilweise revidierten Abzug der US-Truppen nach dem von der Vorgänger-Regierung Bush angezettelten Krieg gegen Saddam Hussein das Terror-Netzwerk „Islamischer Staat“ (IS) erwachsen geworden. In Syrien tobt unter russisch behüteter Federführung Baschar al-Assads seit fünf Jahren ein Zig-Fronten-Bürgerkrieg, dem über 250.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. In Libyen herrschen nach dem gewaltsam erzwungenen Abtritt von Muammar-al-Gaddafi Anarchie und der IS. In Ägypten hat nach dem Sturz Mubaraks ein nur spärlich gewendeter Militär das Sagen. Nach dem US-geführten

Atom-Deal mit dem schiitischen Iran ist das Verhältnis Teherans zum sunnitischen Gegenspieler Saudi-Arabien so angespannt wie nie zuvor.

Anhänger konservativer Denkschulen in den USA führen diese Versatzstücke auf einen einzigen Nenner zurück: die allgemein als zaudernd empfundene Außenpolitik des früheren Weltpolitikers Amerika unter Obama. Allen voran republikanische Präsidentschaftskandidaten erwecken den Eindruck, dass eine auf militärische Übermacht der USA setzende Strategie die heutige Gemengelage im Nahen Osten verhindert hätte.

Aus dem Hintergrund Davon abgesehen, dass Obama die verheerenden Kriege im Irak und in Afghanistan geerbt hat und auch deshalb gewählt wurde, weil er sie umgehend zu beenden versprach, wird dabei ein wesentlicher Aspekt ausgeblendet: Der 44. Präsident der Vereinigten Staaten, der mit dem Atom-Vertrag mit dem Iran und der Öffnung gegenüber Kuba außenpolitische Entscheidungen von historischer Tragweite vorweisen kann, verachtet diese Sichtweise zutiefst.

War seine Neigung, Amerikas Rolle als globale Ordnungsmacht zu reduzieren, militärische Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu vermeiden („leading from behind“ – Führen aus dem Hintergrund) und bis zur totalen Erschöpfung der Diplomatie den Vorzug zu geben, immer schon in Ansätzen spürbar, so hat der gelehrte Jurist erst vor wenigen Tagen den theoretischen Überbau seiner Weltsicht geliefert. In langen Gesprächen mit dem Journalisten Jeffrey Goldberg, der daraus ein viel beachtetes 20.000-Wörter-Vermächtnis destillierte, stellt Obama zehn Monate vor dem Ausscheiden aus dem Amt fest: „Auf keinen Fall sollten wir uns dazu bekennen, den

Mittleren Osten und Nord-Afrika zu verwalten.“

Wie sehr Obama dem sicherheitspolitischen Establishment in Washington misstraut, aus dem mehrheitlich nur militärisch dominierte Lösungsvorschläge kommen, wird bei der Rekonstruktion der Entscheidung um die Giftgaseinsätze des syrischen Diktators Assad gegen die eigene Bevölkerung klar. Obama hatte eine „rote Linie“ gezogen und Damaskus mit substanzieller militärischer Bestrafung gedroht, am Ende das Ultimatum aber kleinlaut verstreichen lassen. Seither, so sagen seine Kritiker in den USA und Europa, hat Obama sein Kapital als Makler und Vermittler im Mittleren Osten endgültig verspielt.

Obama dagegen ist im Rückblick „stolz“ auf seine gegen viele interne Widerstände durchgesetzte Entscheidung. Weil sie mit der bis dahin praktizierten Logik bricht, die Amerika immer wieder in verwirrend vielschichtige Konflikte mit hohem Blut-zoll gezogen hat.

Obama steht auf dem Standpunkt: Der „Islamische Staat“ ist keine existenzielle Bedrohung für Amerika, der weltweite Klimawandel dagegen sehr wohl. Sich noch enger mit nicht berechenbaren Ländern (Saudi-Arabien, Iran, die Golfstaaten etc.) zu verbrüdern, die den islamistischen Dschihadismus als Werkzeug für ihre Interessen einsetzen, zeugt für Obama nicht von Klugheit. Dazu passt, dass der Präsident für fast die gesamte Riege der aktuellen Führer im Nahen Osten, Israels Premierminister Benjamin Netanyahu eingeschlossen, weder Verständnis geschweige denn Bewunderung aufbringt. Sieben Jahre nach Kairo, so scheint es, hat Obama für sich die arabische Welt aufgegeben. Dirk Hautkapp

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe aus Washington.

Rückkehr auf die Weltbühne

RUSSLAND Putin schafft Fakten in Syrien. Wirtschaftsbeziehungen sollen ausgebaut werden

Ende März reiste hoher Besuch nach Moskau. Präsident Wladimir Putin empfing Mohammad bin Zayid Al-Nahyan, Kronprinz des Emirats Abu Dhabi. Es ging bei ihrem Treffen um die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, auch Syrien stand auf der Agenda. Das Treffen, erklärte der Scheich, sollte nicht nur das bilaterale Verhältnis, sondern auch die Stabilität in der Region steigern. Der Besucher aus Abu Dhabi war nicht der einzige Gast aus dem Nahen Osten, der in den vergangenen Monaten in Russland weilte. Das Land ist wieder wer, wenn es um die Region geht. Russland spiele eine „beträchtliche Rolle im Nahen Osten“ attestierte der Kronprinz Putin.

Mitte März hatte Putin überraschend den Teilabzug seiner Soldaten aus Syrien verkündet. Das Ziel sei erfüllt, erklärte der Präsident. Erfolge gab es aus Putins Sicht mehrere zu vermelden. Neben der Stärkung des Regimes in Damaskus, hat Russland vor allem seine eigenen Interessen deutlich sowohl im Nahen Osten als auch in der internationalen Arena gefestigt.

Denn schon seit Jahren versuchte der Kreml unter Putin an seine frühere Macht in Nahost aus Sowjetzeiten anzuknüpfen. Als die Sowjetunion zerbrach und Russland vornehmlich mit den Folgen des Zerfalls kämpfte, schwand Moskaus Gewicht in der Region dramatisch. Mit dem Syrieneinsatz hat Putin nun Fakten geschaffen. Eine Friedenslösung ohne Moskaus Beteiligung ist damit unmöglich. Russland ist nach Meinung des Außenpolitik-Experten Fjodor Lukjanow „zurück auf der Weltbüh-

ne“. So wie einst säßen heute wieder Washington und Moskau an den entscheidenden Hebeln. Dabei gehe es nicht darum, die Welt in einen neuen Kalten Krieg zu führen, sondern darum, eine Balance der Kräfte herzustellen.

Der Militäreinsatz in Syrien stelle eine Herausforderung für die von den USA dominierte Weltordnung dar, kommentierte auch Dmitrij Trenin, Direktor des Thinktanks „Carnegie Center“. Russland zeige eine „spektakuläre geopolitischen Rückkehr in einer Region“. Für Moskau, so lautet Trenins Einschätzung schon lange, gehe es in Syrien in erster Linie um Weltpolitik. Der Kreml wöhnt sich nun auf Augenhöhe mit den USA. Das zeigte auch der jüngste Moskau-Besuch von US-Außenminister John Kerry Ende März. Kerry nannte das Gespräch über Syrien einen „produktiven Dialog“ mit einem „wichtigen Partner“. Kollege Lawrow betonte eine

„gleichberechtigte“ Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland. Vor zwei Jahren hatte Präsident Barack Obama Russland noch als „Regionalmacht“ gekränkt. Nun kann Moskau nicht nur seine Präsenz auf dem internationalen Parkett stärken, sondern sich gleichzeitig ein Stück weit aus der Isolation befreien, in der es seit dem Krieg in der Ukraine steckt. Dramatisch verschlechtert haben sich während der russischen Luftangriffe indes die Beziehungen zur Türkei, galten beide Länder doch trotz aller Interessenskonflikte als Partner. Seit dem Abschuss eines russischen Kampffluges im Herbst ist das Verhältnis jedoch vergiftet.

Entscheidende Akteure sind Russland und die USA nicht allein in Syrien. Im vergangenen Jahr erreichte man gemeinsam einen Durchbruch im jahrelangen Atom-Streit mit dem Iran. Ein Teil des Abkommens: Angereichertes Uran aus dem Iran wird nach Russland exportiert und im Gegenzug natürliches Uran geliefert. Russland erklärte, auch am Umbau der iranischen Anreicherungsanlage beteiligt zu sein. Neben der Atomindustrie sowie dem Energiesektor hofft Russland auf eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen in anderen Bereichen. Auch die Rüstungsindustrie hofft auf neue Aufträge. Interessant ist nicht nur der Iran, auch in anderen Ländern sollen die wirtschaftlichen Kooperationen wachsen. Gleichzeitig liegt es in Moskaus Interesse zu verhindern, dass sich die Staaten der Region an den vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen beteiligen. Auch der Kampf gegen den Terrorismus ist ein wichtiges russisches Ziel, mit Auswirkungen auf Russlands Hinterhöfe. Moskau fürchtet eine Radikalisierung in islamisch geprägten Ländern in Russlands in direkter Nähe: im Kaukasus sowie in Zentralasien. Im Nahen Osten hat Russland derweil das militärische Gewicht verschoben. Neben der Marinebasis im syrischen Tartus hat Russland einen neuen Luftwaffenstützpunkt in der Provinz Latakia, inklusive Waffen und anderem Militärgerät. Moskau rechnet in Zukunft mit weiteren Krisenherden im Nahen Osten. Anders als während des Arabischen Frühlings 2011, auf den Russland kaum Einfluss nahm und dem Westen vor allen in Libyen einen von außen herbeigeführten Umsturz vorwarf, dürfte Moskau künftig eine entscheidendere Rolle spielen.

Oliver Bilger

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Moskau.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Mitte März wurde es auf dem EU-Gipfel in Brüssel wieder spät. Bis in die Nacht hinein rangen die 28 Mitgliedstaaten um eine Lösung in der Flüchtlingsfrage. Diesmal standen die Verhandlungen mit der Türkei im Mittelpunkt des Treffens. Einmal mehr wurde deutlich, wie sehr die Ereignisse im Nahen Osten Europa betreffen. Und wie wenig die Europäische Union darauf einwirken kann.

Schon im Arabischen Frühling 2011 hat Europa seinen beschränkten Einfluss in der Region zu spüren bekommen. Der Krieg in Syrien, der die größte humanitäre Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg ausgelöst hat, offenbart nun noch stärker, wie schwer sich Europa tut, in das Geschehen in seiner südöstlichen Nachbarschaft einzugreifen. Dabei bemüht es sich schon seit über drei Jahrzehnten um eine gemeinsame Politik gegenüber dem Nahen Osten. 1980 veröffentlichten die damals neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft die sogenannte Venedig Erklärung, in der sie das Recht der Palästinenser zur Selbstbestimmung forderten und damit wütende Reaktionen der israelischen Regierung auslösten.

Mehrere Anläufe Seitdem hat Europa immer wieder versucht, auf den Nahen Osten zuzugehen. Es hat etwa den Barcelona-Prozess geschaffen, die euro-mediterrane Nachbarschaftspolitik. Doch trotz einer offiziellen gemeinsamen Außenpolitik kann Europa im Nahen Osten kaum als geopolitischer Akteur auftreten. „Die EU ist diplomatisch stark, aber alle wissen, dass sie nicht in der Lage ist, militärische Schritte einzuleiten“, sagt Nahost-Experte Kristina Kausch vom Thinktank Carnegie Europe. Um die Bedeutung Israels für Europa herauszustellen, ist die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini eine Woche nach ihrem Amtsantritt im November 2014 nach Tel Aviv gereist, wo sie an der Gedenkstätte für den ermordeten Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin einen Kranz niederlegte. Das Verhältnis zwischen Israel und Europa ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht einfach gewesen. Die israelische Politologin Tal Dror hat die offiziellen europäischen Stellungnahmen zum israelisch-palästinensischen Konflikt untersucht und ist dabei zu dem Schluss gekommen, dass diese oft ihrer Zeit voraus waren. „Aus heutiger Sicht haben sie den Ton gesetzt, für das, was nun Konsens ist unter den Akteuren.“

In Nebenrolle gedrängt Europäer haben als Vordenker agiert, wurden bei den Verhandlungen aber immer wieder in die Statisten-Rolle gedrängt, wenn sie überhaupt mit von der Partie waren. Bei den Gesprächen in Madrid im Oktober 1991 waren sie von den politischen Gesprächen ausgeschlossen – sie durften nur an den Runden zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen. Beim 1993 in Oslo begonnenen Friedensprozess war Europa ebenfalls fast komplett aus dem diplomatischen Prozess ausgeschlossen. 1996 versuchte Frankreichs Präsident Jacques Chirac eine prominentere Rolle für Europa im Friedensprozess zu erringen. Die EU bestimmte erstmals einen Beauftragten für den Nahen Osten, den damaligen spanischen Botschafter in Israel, Miguel Angel Moratinos. Allerdings hatten die Mitgliedstaaten unterschiedliche Vorstellungen über die Ausrichtung des Postens. Frankreich wollte ein Gegengewicht zum pro-israelischen Standpunkt der USA schaffen. Großbritannien, das sich letztendlich durchsetzte, argumentierte, dass Europa die USA unterstützen müsse, weil es alleine kein Gewicht habe. Erst als die Regierung von Bill Clinton sich stärker in den Friedensprozess einbrachte, bekam die EU endlich die diplomatische Rolle, die sie so lange angestrebt hatte. So war die EU 1997 offizieller Unterzeichner des Hebron-Abkommens (1997).

Oft nur ein Statist

NAHOSTPOLITIK I Europa will schon lange mehr Einfluss in der Region. Doch die Nachbarschaftspolitik lahmt und häufig steht die EU sich selbst auf den Füßen



Diplomatischer Erfolg für die Europäische Union: Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini (li.) und der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif verkünden am 14. Juli 2015 in Wien das Atomabkommen mit dem Iran.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind seit Beginn des Friedensprozesses der größte Geldgeber für Palästina; sie haben mehr als die Hälfte der internationalen Hilfe für das Westjordanland und den Gaza-Streifen bereitgestellt. 2015 kamen alleine aus Brüssel 25 Millionen Euro an humanitären Geldern. Gerade weil die USA von Europa erwarteten, als größter Geldgeber im Friedensprozess zu agieren, wollen die Europäer auch in den diplomatischen Prozess einbezogen werden. Quasi als Ersatz zur Geopolitik schuf die EU 1995 erstmals eine strukturierte Politik für die Nachbarländer am Mittelmeer unter dem Namen Barcelona-Prozess, auch unter dem Namen Euro-Mediterrane-Part-

nenschaft Euromed bekannt. Sie umfasst 16 Länder des Nahen Ostens sowie Nordafrikas. 2004 wurde der Prozess ergänzt durch die Europäischen Nachbarschaftspolitik, 2008 benannte die EU den Barcelona-Prozess in Union für das Mittelmeer um. Unter den unterschiedlichen Namen blieb das Ziel gleich: Einen Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu schaffen. Die Region sollte demokratisiert und die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gestärkt werden, der Dialog mit der Zivilgesellschaft wurde intensiviert. Die Idee: Durch langfristiges Engagement in ihrer Nachbarschaft wollte die EU Ländern helfen, strukturelle Reformen anzupacken und so Marktwirtschaften zu bilden und

Gesellschaften, in denen Grundrechte fest etabliert sind. Es ging nicht darum, kurzfristig auf Probleme zu reagieren, sondern langfristige Perspektiven zu schaffen.

Magere Bilanz Allerdings fiel eine erste Bilanz dieser Politik schon 2005 mager aus. Die für 2010 angepeilte Freihandelszone rund ums Mittelmeer kam nie zustande. Und als 2011 der arabische Frühling einsetzte, bemerkten die Europäer, wie wenig ihre Bemühungen zur Demokratisierung gefruchtet hatten. Auch von Stabilität oder Wohlstand konnte keine Rede sein. Die EU hat ihr Konzept der Nachbarschaftspolitik seither mehrfach überarbeitet, aber auch in der neuen Version über-

zeugt es nicht. Der Irak, ein wichtiger Baustein für einen stabilen Nahen Osten, ist nicht enthalten, weil er nicht mehr in die direkte Nachbarschaft fällt. Neue Ansätze in der Nachbarschaftspolitik, wie etwa der Grundsatz „mehr für mehr“, greifen nicht. Danach sollen Länder mehr finanzielle Hilfe bekommen, wenn sie notwendige Reformen in Angriff nehmen. Manche Regierungen haben den Ansatz offen in Frage gestellt und nehmen lieber aus anderen Quellen Geld ohne jegliche Konditionen in Empfang. So haben Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Ägypten 2013 nach dem Militärcoup 5,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – ohne jede Auflage.

Zu den Erfolgsgeschichten Europas in der Region zählt dagegen das im vergangenen Jahr geschlossene Abkommen mit dem Iran, das sicherstellen soll, dass das Land sein Atomprogramm nicht zur Produktion von Waffen einsetzt. Die Europäer haben nach dem US-Einmarsch im Irak 2003 von Anfang an auf eine Verhandlungslösung gesetzt und sich durchgesetzt. In den USA war ein militärisches Einschreiten erwogen worden.

Die EU hatte bei den Verhandlungen mit dem Iran am Tisch gesessen, genauso wie die fünf Länder mit einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat, USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland. Es war die EU-Außenbeauftragte Mogherini, die gemeinsam mit dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif im vergangenen April den Durchbruch bekannt gab. Für die Europäer war diese Abkommen der Beweis, dass multilaterale Verhandlungen funktionieren können.

Der Deal soll die Region nicht nur sichern machen. Die EU-Mitgliedstaaten erhoffen sich auch Vorteile für ihre Wirtschaft, wenn die Sanktionen mit dem Iran fallen. Mit dem Abkommen haben die Europäer ihre Interessen in der Region offensiv vertreten – was nur selten vorkommt.

Zunehmender Terrorismus Im vergangenen Jahr ist deutlich wie nie zuvor geworden, wie sehr die Situation im Nahen Osten Europa direkt betrifft. Die Flüchtlingsströme aus Syrien, dem Irak und Afghanistan haben direkte Auswirkungen auf Europa. Die Terroranschläge in Paris und Brüssel haben Europa vor Augen geführt, dass die wachsende Radikalisierung im Mittleren Osten Europa direkt tangiert. Europa ist aber genauso wenig in der Lage, die tieferen Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen, wie es den Krieg in Syrien beenden kann. Die EU-Mitgliedstaaten sind sich im Grundsatz einig, dass es keine militärische Lösung zum Krieg in Syrien geben kann. Aber schon bei der Rolle, die der Diktator Bashar al Assad bei einem möglichen Übergangsregime spielen könnte, sind deutliche Unterschiede zu sehen.

Frankreich hat seine Position allerdings verändert. Seit den Terroranschlägen im November in Paris hat für die Regierung von François Hollande die Terrorbekämpfung eine höhere Priorität als die Absetzung Assads. Wollten die Europäer aber mit der Terrorbekämpfung im Nahen Osten Ernst machen, müssten sie auch mit den Golfstaaten über deren Unterstützung für radikale Gruppen reden. Bisher zeichnet sich aber nicht ab, dass sie dazu bereit sind. In Syrien sind die Europäer zudem mit einem weiteren Problem konfrontiert. Dort erleben sie, dass Russland auf die Bühne der Weltpolitik zurückkommt und die Flüchtlingsströme als Mittel benutzt, um Europa zu destabilisieren.

Kaum Taten Trotz aller Dringlichkeit haben die Europäer bisher wenig getan, um auf die Probleme zu reagieren. „Bisher besteht die EU-Politik daraus, ein Pflaster auf die Herausforderungen der Region zu kleben“, beklagen Richard Youngs und John Paul Gutman in einer Analyse des Thinktanks Carnegie Europe. Ihre Kollegin Kristina Kausch erwartet, dass die wirklich wichtigen Schritte von den Mitgliedstaaten kommen werden: „Man kann davon ausgehen, dass die Außenpolitik noch für geraume Zeit von einer Koalition von Mitgliedstaaten gemacht wird.“ Allerdings habe sich die Situation mittlerweile so stark zugespitzt, dass allen 28 Mitgliedstaaten die Region nicht egal sein könne. „Durch die Krise ist eine Situation entstanden, in der alle am Nahen Osten interessiert sind“, meint Rausch.

In der EU waren bisher alle Integrations-schritte Reaktionen auf Situationen, die sich zugespitzt hatten. *Silke Wettach* ■

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Perspektiven vor Ort ermöglichen

NAHOSTPOLITIK II Syrien und Irak stehen im Fokus der entwicklungs- und außenpolitischen Zusammenarbeit Deutschlands mit Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien und den Flüchtlingswellen aus Nordafrika nach Europa bildet der Nahe Osten einen Schwerpunkt in der deutschen bilateralen Entwicklungs- und Außenpolitik. Dabei geht es nicht nur um Diplomatie, sondern auch um konkrete Hilfen vor Ort, die den Menschen dort eine Perspektive zum Bleiben geben sollen.

Die Bundesrepublik engagiert sich dabei in insgesamt elf Ländern der Region, die sich südlich des Mittelmeeres von Marokko bis Ägypten und östlich des Mittelmeeres vom Jemen über die Länder der arabischen Halbinsel bis nach Syrien und den Irak erstreckt. Dort leben rund 340 Millionen Menschen, und die Bevölkerung wächst jährlich um 1,7 Prozent. Ressourcenknappheit und eine steigende Arbeitslosigkeit sind die Folgen des Bevölkerungsanstiegs, Massenflucht nach Europa sind die Konsequenzen. In den Fokus der deutschen bilateralen Zusammenarbeit rückt dabei immer mehr die Hilfe in Syrien und den angrenzenden Ländern. Seitdem die staatliche Entwick-

lungszusammenarbeit mit Syrien ausgesetzt wurde, unterstützt das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) die vom Konflikt betroffenen Menschen vor allem über Maßnahmen in den Nachbarländern. Dabei stimmt sich das BMZ eng mit dem Auswärtigen Amt (AA) ab, das für die humanitäre Hilfe zuständig ist.

Übergangshilfen So soll die Verbindung zwischen humanitärer Hilfe und der mittel- bis langfristig wirkenden strukturbildenden Übergangshilfe des BMZ sichergestellt werden. Die Übergangshilfe umfasst laut BMZ unter anderem die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Ernährungssicherung und den Wiederaufbau von sozialer und wirtschaftlicher Basisinfrastruktur.

Die Bundesregierung stellte seit 2012 insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Dabei kamen aus dem vom Bundestag beschlossenen Etat des Auswärtigen Amtes mehr als 660 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und 91 Millionen Euro für Krisenbewältigung.



Deutschland unterstützt auch die UN-Hilfskonvois in den Irak.

Das BMZ stellte aus seinem Haushalt rund 670 Millionen Euro für strukturbildende Maßnahmen zur Verfügung. Für dieses Jahr hat die Bundesregierung auf der Geberkonferenz in London 1,2 Milliarden Euro zugesagt, bis 2018 sollen insgesamt 2,3 Milliarden Euro investiert werden.

Mit dem Irak arbeitet das BMZ seit der amerikanischen Militärintervention 2003 zusammen. Das Engagement ist auf die Unterstützung von syrischen Flüchtlingen, irakischen Binnenflüchtlings und der Bevölkerung in den aufnehmenden Gemeinden im Nord- und Zentralirak ausgerichtet.

Seit 2014 wurden mehr als 170 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln sollen die syrischen Flüchtlinge im Irak, die irakischen Binnenvertriebenen und die irakischen Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, unterstützt werden.

Schwerpunkte Schwerpunkte der Hilfen sind unter anderem Bildung- und Kinderschutzmaßnahmen wie zum Beispiel das UNICEF-Programm „No Lost Generation“, berufliche Bildung, Reintegration von Binnenvertriebenen sowie der Wiederaufbau und Stabilisierung von Gebieten, die vom IS befreit worden sind. Die Umsetzung der Programme erfolgt über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Organisationen der Vereinten Nationen (wie Welternährungsprogramm, Entwicklungsprogramm UNDP und Kinderhilfswerk UNICEF) sowie nichtstaatliche Träger wie Kirchen, politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Deutschland kümmert sich jedoch nicht nur um Syrien und Irak. Mit Hilfe von „Transformationspartnerschaften“ unter-

stützt Deutschland auch den gesellschaftspolitischen und kulturellen Wandel in Ägypten, Tunesien, Marokko, Libyen, Jordanien und Jemen. Diesen Ländern will Deutschland bei der wirtschaftlichen Belebung und der Schaffung eines rechtlichen Rahmens behilflich sein.

Um die angestrebten Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozesse auch weiterhin zu unterstützen, fördert das AA im Rahmen der Transformationspartnerschaften innovative Ideen in der Region im Rahmen von Projektförderungen, zu denen unter anderem der deutsch-französisch-tunesische „Dialog auf Augenhöhe“, die deutsch-ägyptische Jugendbegegnung: der Klimawandel und die Mitbestimmung und Förderung von jungen Start-Up-Unternehmen in Nordafrika gehören. *Michael Klein* ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Deutschland bricht einen Exportrekord nach dem anderen. Im vergangenen Jahr wurden Waren im Wert von 1,2 Billionen Euro ausgeführt, mit enormen Zuwächsen in allen Regionen. Gefragt sind vor allem Autos, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Dies gilt auch für den Nahen Osten und den gesamten arabischen Raum. Die deutschen Lieferungen in die wichtigsten Exportländer dieser Region verzeichneten ein deutliches Plus – einzige Ausnahme war der Handel mit dem Iran, der wegen der Sanktionen gegen das Land noch ein Minus verbuchte.

Erfolgsbilanz Auch auf lange Sicht zeigt sich eine Erfolgsbilanz: Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und den Ländern der Region hat sich innerhalb von zwölf Jahren mehr als verdoppelt. 2015 markierte der Warenaustausch mit 52,1 Milliarden Euro einen neuen Rekord. Die deutschen Einfuhren aus der arabischen Welt werden traditionell von Öl und Gas dominiert.

Besonders gut laufen die Geschäfte mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die deutschen Exporte dorthin stiegen 2015 auf Jahressicht um 3,2 Milliarden Euro auf 14,6 Milliarden Euro, womit das Land in der Rangfolge der Außenhandelspartner auf den 20. Platz kletterte. Zweitwichtigste Exportnation in der arabischen Welt ist Saudi-Arabien, das mit einem Plus von 1,1 Milliarden Euro auf 10,0 Milliarden Euro den 24. Platz belegt. Weitere große Importeure in der Region sind Israel (4,1 Milliarden Euro), Ägypten (3,6 Milliarden Euro), Algerien (2,5 Milliarden Euro), Katar (2,2 Milliarden Euro) und natürlich der Iran (2,1 Milliarden Euro). Im Einzelnen stiegen beispielsweise die Ausfuhren der deutschen Maschinenbauer nach Saudi-Arabien und die Emirate dem Branchenverband VDMA zufolge jeweils um 7,2 Prozent.

Und die Signale für einen weiteren Anstieg stehen auf Grün, trotz einer Reihe von Ungewissheiten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt den arabischen Ländern für die kommenden Jahre einen wirtschaftlichen Aufschwung mit beachtlichen Wachstumsraten voraus. Der Außenhandelsverband BGA rechnet für 2016 mit einem weiteren Anstieg der Exporte, setzt dabei aber voraus, dass Rohstoffpreise sowie der Euro-Kurs weiter niedrig bleiben.

Die deutsche Wirtschaft und ihre Partner in Nahen Osten und im gesamten arabischen Raum sind daher guter Dinge. Aber niemand weiß, wie sich die Region in den nächsten Jahren entwickeln wird, die Entwicklung des Ölpreises, auch im Zusammenhang mit dem Streben um die Vorherrschaft in der Region, erschweren seriöse Prognosen.

Wichtiges Forum Dabei betonen die Protagonisten nicht in erster Linie die wirtschaftlichen Aspekte des Handels mit der arabischen Welt. Als viel wichtiger werten sie die Unterstützung bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen in diesen Ländern. So erklärte der Vorsitzende der Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI), Siemens-Vorstand Siegfried Russwurm, mit dem rapiden Wachstum der Wirtschaftsleistung als auch der Bevölkerung steige deren Bedarf an Lösungen und Produkten, insbesondere in den Bereichen Energie, Mobilität, Wohnen, Kommunikation und Gesundheit.

Eine wichtige Rolle spielt dabei das von der arabisch-deutschen Industrie- und Handelskammer Ghorfa alljährlich veranstaltete Arabisch-Deutsche Wirtschaftsforum. Es fungiert als die wichtigste Wirtschaftsplattform zwischen Deutschland und der arabi-



Gut geölte Geschäfte

WIRTSCHAFT Der Handel mit dem arabischen Raum steigt seit Jahren. Die deutsche Industrie hofft vor allem auf Iran

Ein Verkaufsschlager für Arabien ist der europäische Airbus. Hier ein Blick auf die Endmontage in Hamburg © picture-alliance/ZB/euroulftbild.de

schen Welt. Aus Sicht der Ghorfa ist die arabische Welt mit über 360 Millionen Einwohnern ein attraktiver Standort für Geschäftsmöglichkeiten und Investitionen. Vor allem die Golfstaaten mit ihren stabilen Volkswirtschaften verfolgen ehrgeizige wirtschaftspolitische Ziele, um ihre Infrastruktur und ihre logistischen Zentren auszubauen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Industrialisierung voranzubringen. Aber auch die Wirtschaft der nordafrikanischen Länder befindet sich auf einem Wachstumspfad. In diesem Jahr werden zum Arabisch-Deutschen Wirtschaftsforum erneut mehr als 600 Teilnehmer erwartet. Große Hoffnungen setzt die deutsche Wirtschaft in den Iran. Nach der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen im Zuge des Atomabkommens ist das Land nach den Worten des Präsidenten des Außenhandelsverbandes BGA, Anton F. Börner, „ein Lichtblick im Nahen und Mittleren Osten“.

der sich „hoffentlich zu einem Stabilitätsanker entwickelt“. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammerrat (DIHK) bescheinigt dem Iran „enormes Potenzial“ für deutsche Unternehmen. DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier verweist auf die guten Perspektiven für die Wiederbelebung der traditionell engen Handelsbeziehungen beider Länder. In den 1970er Jahren war das Land der zweitwichtigste Handelspartner für die deutsche Wirtschaft außerhalb Europas. Für die deutsche Wirtschaft bestehe die Chance auf Aufträge in Milliardenhöhe, sagte Treier. „Mit den gewaltigen iranischen Rohstoffvorkommen als Trumpf könnten sich die deutschen Exporte in den Iran innerhalb weniger Jahre auf rund zehn Milliarden Euro vervinfachen – und in Deutschland rund 80.000 neue Arbeitsplätze entstehen.“ Ökonomen sehen dies ähnlich. Auch Christian Dreger vom Deutschen Institut

für Wirtschaftsforschung (DIW) hebt hervor, dass Deutschland im Iran traditionell gut aufgestellt ist. Ein erheblicher Teil der iranischen Infrastruktur komme aus deutscher Produktion. „Infolge der Sanktionen besteht ein hoher Nachhol- und Modernisierungsbedarf, von dem insbesondere der Maschinenbau profitieren sollte“, konstatiert Dreger. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Erdöl. DIW-Abteilungsleiterin Claudia Kermert verweist darauf, dass der Iran nach Saudi-Arabien das Land mit den zweitgrößten Ölreserven ist und die Fördermengen ausweiten wolle. Das hänge aber entscheidend von den Investitionen ab. Wegen des derzeitigen Überschussangebots seien die Ölpreise stark gesunken. „Der Iran hat vergleichsweise niedrige Förderkosten, dennoch sind die Investitionen bei derart niedrigen Ölpreisen weniger rentabel als zuvor“, sagt Kermert. Michael Wojtek

Islamisten bomben Touristenziele weg

REISEVERKEHR Dramatische Einbrüche bei Buchungen

Es war die Plötzlichkeit, der jähe Umschlag, den Manfred Schreiber am nachhaltigsten in Erinnerung hat: „Das Ganze kippte aus einer absoluten Boomlage heraus.“ Das Boomjahr im Syrien-Geschäft war 2010. Schreibers Arbeitgeber beförderte damals rund 4.000 Deutsche ins Reich Baschar al Assads. Zumal als Kombi-Angebot in Verbindung mit Libanon oder Jordanien war Syrien ein Kundenmagnet. Schreiber ist Gebietsleiter Naher Osten, zuständig für Ägypten und die Arabische Halbinsel, beim Reiseveranstalter Studio-sus. Er bedient das kleine, aber feine Segment der Kulturbeflissenen und landeskundlich Interessierten. Ein Publikum, dem die Umayyaden-Moschee von Damaskus mit dem Grab Johannes des Täufers, die Altstadt von Aleppo, die antike Oasenmetropole Palmyra vertraute Bildungsbegriffe sind. Seit 2011 ist der Boom dahin. Aleppo wurde von Assads Fassbomben in Trümmer gelegt, antike Stätten in Palmyra wurden von IS-Terroristen in die Luft gesprengt. „Es gibt in naher Zukunft keine Hoffnung, dass wir jemals wieder Syrien-Reisen anbieten“, sagt Schreiber.

Tunesien am Boden Schlechte Nachrichten auch aus anderen Gegenden im arabischen Raum: Tunesien war 2015 Schauplatz eines Massakers am Strand von Sousse und eines Überfalls auf das berühmte Bardomuseum der Hauptstadt Tunis. In Ägypten explodierte eine Bombe vor dem italienischen Generalkonsulat in Kairo, sprengten IS-Terroristen eine russische Passagiermaschine vom Himmel und wurden bei einer Messerattacke in Hurghada drei Hotelgäste verletzt. Tourismus ist der wichtigste Devisenbringer für viele Länder der Region. Urlauber ins Visier zu nehmen eine ebenso simple wie effiziente Terrorstrategie.

Zahlen scheinen zu belegen, dass zumindest kurzfristig das Kalkül der Attentäter aufgeht. Im Tourismusausschuss des Bundestages berichtete der Geschäftsführer des Deutschen Reiseverbandes (DRV), Dirk Inger, kürzlich von dramatischen Buchungseinbrüchen zu Jahresbeginn 2016. Für Ägypten belief sich im Vergleich zu Anfang 2015 das Minus auf 35 Prozent, für Tunesien auf schwindelerregende 71 Prozent. Dabei hatte Tunesien schon zwischen 2014 und 2015 eine Halbierung des Fremdenverkehrs aus Deutschland hinnehmen müssen, von 426.000 auf 218.000. (Siehe auch Interview unten) Anfang 2015 zählte der weltweit größte Reiseveranstalter TUI 30.000 deutsche Frühbucher für Tunesien, ein Jahr später gerade mal 5.000, wie der Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz, Frank Püttmann, dem Ausschuss mitteilte. Das sei eine tragische Entwicklung für das einzige Land der arabischen Welt, wo sich nach den Umständen von 2011 die Hoffnung auf Demo-

kratie und Rechtsstaatlichkeit nicht restlos zerschlagen hatte. „Wir fühlen uns in der Verantwortung“, sagte Püttmann. „Aber die Sicherheit der Gäste ist letztlich für uns das höchste Gut. Es wird in keiner Weise auch nur irgendeinem Kompromiss ausgesetzt.“ Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre haben nach Zahlen des DRV jährlich gut 2,5 Millionen Deutsche den arabischen Raum zwischen Marokko und Oman besucht. Die Spitzendestination war mit einer knappem Million deutscher Touristen Ägypten, gefolgt von Marokko mit

540.000, den Vereinigten Arabischen Emiraten Dubai und Abu Dhabi mit 510.000, Tunesien mit 350.000 und Jordanien mit 50.000. Sollte jetzt tatsächlich das Gros dieses Urlaubersstroms versiegen, hätten nicht nur die bisherigen Zielländer Verluste zu tragen. Auch die Touristen dürften sich schwer tun, anderswo angemessenen Ersatz zu finden.

Seit drei Jahrzehnten wurden zumal Ägypten und Tunesien für Deutsche zum Inbegriff von Sonne, Strand und Badespaß, obendrein zu idealen Reisezielen für den kostengünstigen Familienurlaub. Das Preis-Leistungs-Verhältnis gilt als optimal. Der TUI-Konzern misst anhand der Rückmeldungen seiner Kunden in ägyptischen Hotels am Roten Meer regelmäßig die „höchste Gästezufriedenheit“ weltweit: „Die Hoteliers sind sich bewusst, dass die Qualität nicht leiden darf. Es wird ganz viel Wert auf guten Service gelegt“, lobt TUI-Sprecherin Susanne Stünckel. Vergleichbare Möglichkeiten zu vergleichbaren Preisen sind anderswo kaum zu finden. Schon die Kanarischen Inseln, die wie das spanische Festland in diesem Jahr von der Verunsicherung der Arabien-Urlauber profitieren, sind deutlich teurer.

Nachteilig auf die Reiselust der Deutschen hatte sich 2011 bereits der Arabische Frühling ausgewirkt. Tunesien verzeichnete einen ersten Einbruch auf 271.000 Buchungen, eine Zahl, die sich in den folgenden drei Jahren allerdings wieder bei über 400.000 einpendelte. Indes bleiben Marokko, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, die von den Unruhen nicht betroffen, waren, auch von der Urlauberverflaute verschont. Nach dem Eindruck des Studiosus-Nationalexperten Schreiber ist das jetzt anders. Das Ägypten-Geschäft sei seit zwei, drei Jahren „nahe dem Nullpunkt“ – früher 3.000 Kunden, nun „unter 100“. Für die Emirate und Oman erwartet Studiosus 2016 unter 1.000 Buchungen statt 2.000. Auch in Marokko dürfte sich die gewohnte Zahl von 3.000 Reisenden halbieren. Ein verlorenes Jahr für den Arabien-Tourismus? „Wenn das Vertrauen erst einmal weg ist, ist es lange weg“, sagt Jörg Meltzer von Studiosus. „Wir gehen davon aus, dass sich die Buchungslage erholen wird, je näher die Sommerferien rücken“, meint dagegen TUI-Sprecherin Stünckel. Winfried Dolderer

»Die Sicherheit der Gäste ist für uns das höchste Gut.«

Frank Püttmann (TUI)

»Wenn das Vertrauen erst einmal weg ist, ist es lange weg.«

Jörg Meltzer (Studiosus)

»Die Reiseströme verlagern sich von Ost nach West«

INTERVIEW Heike Brehmer (CDU) zu den Folgen des Terrors für den Tourismus in der arabischen Welt. Viele Urlauber buchen ihre Ziele nun kurzfristiger

Frau Brehmer, Sie hatten kürzlich im Tourismusausschuss eine Anhörung über die Auswirkungen des Terrorismus auf den Fremdenverkehr. Wie lautet der Befund?

Der Terror verändert die Reisewelt. Terroristen zielen auf die Wirtschaft in den betroffenen Ländern. Die Anschläge der vergangenen Monate haben die Menschen verunsichert. Reiseströme verlagern sich, grob gesagt, von Ost nach West. Urlauber beobachten inzwischen viel genauer, wie sich die Situation im Urlaubsland entwickelt, und buchen relativ kurzfristig. Insgesamt lehrt aber die Erfahrung, dass die Menschen sich die Lust am Reisen nicht nehmen lassen.

Würden Sie nach den Anschlägen des vergangenen Jahres von Reisen in arabische Länder generell abraten?

Die arabischen Länder lassen sich nicht in einen Topf werfen. Der arabische Raum erstreckt sich von Marokko im Westen bis nach Oman im Osten, Länder, in die man meines Erachtens gefahrlos reisen kann. Dazwischen gibt es allerdings Länder oder

Regionen, für die das Auswärtige Amt Reiseverwarnungen ausgesprochen hat. Libyen zum Beispiel, die Sinai-Halbinsel oder – was niemanden verwundert – Syrien und den Irak.

Wie ist im Vergleich mit den 2015 von Anschlägen betroffenen Ländern die Lage in Marokko, den Emiraten, Oman zu beurteilen?

In der Tat sind die genannten Länder bislang verschont geblieben. Zur Zeit lässt sich die Lage hier sicherlich als ruhig bezeichnen. In allen Ländern hat der Tourismus gute Wachstumschancen, die Besucherzahlen sind stabil. Marokko setzt außer auf Strandtourismus zunehmend auf Kultur- und ökologisch nachhaltigen Tourismus. Der Reiseverkehr in die Emirate ist ja nicht nur Urlaubs-, sondern auch Geschäfts- und Umsteigetourismus. Wenn die im Bau befindlichen Flughäfen dort erst einmal fertig sind, wird sich das Aufkommen sicherlich noch erhöhen. Oman besticht durch Authentizität und Gastfreundschaft.

Kann die Politik einen Beitrag leisten, um der Verunsicherung entgegenzuwirken?

Es ist sinnvoll, sich bei der Reiseentscheidung die Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes anzuschauen. Diese werden ständig der aktuellen Lage angepasst. Ebenso wie die Berichterstattung in den Medien



Tourismusausschussvorsitzende Heike Brehmer (CDU)

geben sie eine gute Orientierung. Die Entscheidung über das Reiseziel kann die Politik niemandem abnehmen. Wie in vielen Lebensbereichen gilt auch hier das Leitbild des mündigen Bürgers.

Was erwarten Sie in dieser Hinsicht von den Reiseveranstaltern?

Für die Veranstalter ist die Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes eine entscheidende Messlatte. Darüber hinaus verfügen sie über große Netzwerke vor Ort, etwa Reise-

leiter, die in den Zielgebieten leben, oder örtliche Partnerunternehmen. Die Branche arbeitet über den Deutschen Reiseverband eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen. Es gibt einen ständigen Informationsaustausch. Ich bin überzeugt, dass die deutschen Reiseveranstalter absolut verantwortungsbewusst handeln.

Wäre eine europäische Harmonisierung von Reiseverwarnungen möglich und wünschenswert?

Das Auswärtige Amt steht in engem Kontakt mit den anderen EU-Mitgliedstaaten. Informationen werden ausgetauscht, Änderungen von Reisehinweisen oder Bewertungen sofort mitgeteilt. Eine Harmonisierung halte ich aus zwei Gründen für schwierig: Das Auswärtige Amt muss auf aktuelle Ereignisse schnell reagieren können. Ein vorgeschalteter europäischer Abgleich kann zu Verzögerungen und damit eventuell zu einem erhöhten Risiko führen. Zudem gibt es in europäischen Nationen durchaus unterschiedliche Einschätzungen der Lage in anderen Ländern, aber auch ein unterschiedliches Risikobewusstsein der Bevölkerung. Es ist schwer, hier immer auf einen Nenner zu kommen. Letztlich ist jede Regierung für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung verantwortlich.

Prozentual zweistellige Buchungseinbrüche im Vergleich zum Jahresbeginn

2015 – was sind die Folgen für die betroffenen Länder?

Tourismus ist in vielen Ländern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der Menschen Beschäftigung und Einkommen bietet. Zu einer guten Lebensqualität gehört Freiheit, ebenso aber auch Sicherheit, Versorgung und wirtschaftlicher Aufschwung. Deshalb sind Investitionen in Infrastruktur gleichbedeutend mit Investitionen in demokratische Entwicklung. Umgekehrt gilt: Arbeitslosigkeit und das Fehlen positiver Zukunftsperspektiven können Menschen in die Fänge von Radikalen treiben. Umso wichtiger ist es, dass wir uns von Terroristen nicht einschüchtern lassen und weiter in die betroffenen Zielländer reisen, soweit es die Sicherheitslage zulässt, oder dass wir auf andere Art helfen.

Tunesien ist das einzige Land der arabischen Welt, wo nach dem Umsturz 2011 die Hoffnung auf einen nachhaltigen demokratischen Wandel nicht völlig enttäuscht wurde. Jetzt liegt der Tourismussektor am Boden – was ist zu tun?

Tuensiens Regierung investiert nach den Terroranschlägen verstärkt in die Sicherheit des Landes. Die Zahl der deutschen Urlauber hat sich wegen der Ereignisse 2015 gegenüber dem Vorjahr fast halbiert. Aber nicht nur die Deutschen bleiben weg. Tunesien möchte und muss das Vertrauen der Urlauber zurückgewinnen, wenn die Tou-

rismusbranche wieder zum ökonomischen Erfolgsmodell werden soll.

Kann Deutschland zur Stabilisierung beitragen?

Auf deutsche Initiative hin haben die G7-Staaten Tunesien 2015 Unterstützung zugesichert. Unter anderem wurden gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet, die sich in Tunis mit Fragen der Sicherheit befassen und etwa die Koordinierung von Maßnahmen in Tunesien verbessert haben. Zudem unterstützt Deutschland das Land sowohl mit Ausrüstung wie Geländefahrzeugen oder Nachtsichtgeräten als auch mit Ausbildern, die die tunesischen Sicherheitskräfte trainieren. Es gibt aber auch privatwirtschaftliche Hilfe. Auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin hat der Deutsche Reiseverband mit dem Dachverband der tunesischen Tourismuswirtschaft eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Beide Organisationen wollen Wissen austauschen, Strategien zur Entwicklung des Tourismus gemeinsam erarbeiten und Presse- sowie Informationsreisen für Touristikern organisieren.

Das Interview führte Winfried Dolderer. ||

Heike Brehmer (CDU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestages und Vorsitzende des Tourismusausschusses.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Kampf oder Flucht

CHRISTEN Die Kriege in Syrien und im Irak bedrohen die Glaubensgemeinschaft in ihrem historischen Kernland. Zehntausende sind geflohen. Die Gebliebenen beginnen, sich zu bewaffnen

Er wird möglicherweise zu der Weiche des Konflikts in Syrien und dem Irak: der anstehende Kampf um die Millionenstadt Mossul, die seit Juni 2014 von der Terrormiliz des „Islamischen Staates“ (IS) kontrolliert wird. Besonders für Safaa Khamro wird dieser Moment zur Zeitenwende: „Wir werden Geschichte schreiben. Es ist das erste Mal, dass wir Christen des Iraks eigene Milizen haben und kämpfen. Zehntausende Christen haben in Mossul gelebt, wir werden die Ansprüche in der Stadt nicht aufgeben. Wir waren lange genug Statisten. Jetzt nehmen wir eine sprechende Rolle in Iraks Geschichte ein.“

Im Laufe des vergangenen Jahres haben sich fünf solcher christlichen Milizen formiert. Eine steht unter Khamros Kommando: die „Niniveh Plain Forces“ (NPF, „Streitkräfte der Ebene Ninives“). Bei Tageslicht betrachtet, ist die nur 500 Mann starke Truppe bloß eine Einheit von vielen der kurdischen Peschmerga, der Armee der kurdischen Autonomiebehörde, deren Territorium auch dieses christliche Kernland umfasst. Die Gründung der Miliz sei trotzdem mehr als Symbolik. „Langfristig wollen wir zur Schutztruppe der Christen in diesem Land werden. Sonst gehen hier alle von uns weg“, sagt Khamro.

In der Stadt Telskuf, wo Safaa Khamro sich samt der NPF für diesen Krieg rüstet, war es noch gespenstisch ruhig, als im März dieses Jahres die ersten Gefechte um das knapp 30 Kilometer entfernte Mossul begannen. „Wir

stehen 1.500 Meter vor den Stellungen des IS. Wir sind bereit.“ Früher war Khamro Bürgermeister der Stadt, die wie Dutzende weiterer christlicher Städte im Irak vom Daesh (arabisches Akronym für „Islamischer Staat im Irak und der Levante“) erobert worden war. Telskuf hat er vor einem knappen Jahr Seite an Seite mit den Peschmerga zurückerobert. Den Tamanzug hat Khamro anbehalten. Die automatische Waffe bleibt unter dem Jesus-Bild in seinem Büro gelehnt, das zur Kommandozentrale der NPF-Miliz umfunktioniert wurde. Trauen, meint Khamro, könne er niemanden mehr, außer sich selbst. „Als diese Fanatiker uns überfallen haben, Hunderttausende fliehen mussten, Zehntausende verschleppt und massakriert wurden, standen wir ohne Hilfe und Waffen da. Also müssen wir unsere Sicherheit selbst in die Hand nehmen. Dazu sind es nicht nur Unbekannte gewesen, die uns überfallen haben. Viele unsere Nachbarn sind zum Daesh übergelaufen.“

Flucht nach Europa Vor zwei Jahren lebten noch etwa 10.000 Menschen in Telskuf, jetzt ist nur noch Christina Jibbo da. Stur bleibt sie, wo sie immer lebte: „Ich rühre mich von hier nicht weg, gleich was geschieht.“ So wurde die 91-Jährige zum letzten Lebenszeichen der Stadt. Im Inneren der Sankt Jakob Kirche säumen Trümmer einer vom IS zerstörten Messias-Statue den Altar, die Bänke haben längst dicke Staubschichten angesetzt. Von den 1.800 Familien, die in der Region lebten, sind bereits 40 Prozent nach Europa ausgewandert und



Safaa Khamro, Kommandeur der christlichen Miliz NPF, steht vor der zerstörten Messias-Statue in der Sankt Jakob Kirche im nordirakischen Telskuf.

© Petra Ramsauer

haben das triste Lagerleben um die Großstädte des Iraks aufgeben.

2003 lebten noch 1,5 Millionen Christen im Irak, zirka fünf Prozent der Bevölkerung. Ihre Zahl könnte sich nun auf lediglich 400.000 bis hin zu 200.000 verringert haben. Begonnen hat ihr Exodus aber schon lange vor dem Wüten des IS. 1942 waren noch zwölf Prozent der Iraker Christen. Dutzende Bombenschläge gegen Kirchen und Mordanschläge gegen Priester erzeugten ein Klima allgegenwärtiger Gewalt. Die meisten empfinden sich als ethnische Minderheit, als jene der Assyrer, Ureinwohner Mesopotamiens sozusagen. Schon im ersten Jahrhundert wurden sie missioniert,



Mit Gewehr und dem Glauben an Jesus Christus: Blick in Safaa Khamros Büro.

im Laufe der Zeit zersplitterte sich die Gemeinschaft. Die größte Gruppe stellen die katholischen Chaldäer, zudem gibt es Katholiken des armenischen, lateinischen, byzantinischen und syrischen Ritus, Orientalen, orthodoxe Christen sowie Protestanten. Ihre Diversität spiegelt die historische Tiefe der Religion in dem Land, ist ein quasi lebendes Relief der Geschichte des Christentums. Und auch jetzt ist die Lage im Kernland der ersten Stunden ein Bild für die Entwicklung hin zu den letzten Stunden des Christentums in der Region.

Dramatischer Schwund Von 14 auf vier Prozent schrumpfte der Anteil der Christen im Nahen Osten während des vergangenen Jahrhunderts. Selbst um die Hauptschauplätze der Bibel, in Israel und Palästina, schwindet ihre Zahl dramatisch: Von 13 Prozent noch im Jahr 1894 auf knapp zwei Prozent heute. Im Libanon, dem einzigen Land, wo Christen (Maroniten) signifikant politische Macht hatten und haben, ging ihr Anteil von 78 Prozent auf ein Drittel zurück.

Schwer messbar ist die demographische Entwicklung der Kopten in Ägypten; dafür sprechen die Berichte über die massiven Ausschreitungen gegen die zehn Prozent Christen im Land am Nil eine besonders deutliche Sprache. Dramatisch ist der Schwund der Christen besonders im Bürgerkriegsland Syrien: 600.000 Christen sind seit Beginn der Unruhen geflohen. Gerade auf dem Gebiet des heutigen Syriens war die Religion in ihrer frühen Pha-

se aufgeblüht. Nachdem der römische Kaiser Konstantin 313 das Christentum legalisiert hatte, entstanden in der Levante Hunderte von Kirchen und Klöstern. Der Niedergang setzte – ironischerweise – nicht mit der sprunghaften Expansion des Islams ein, sondern just mit dem Beginn der Kreuzzüge: Arabische Christen gerieten mehr und mehr zwischen die Fronten. Doch noch im 19. Jahrhundert machten sie in Städten wie Istanbul, im Irak oder in Syrien 30 oder mehr Prozent der Bevölkerung aus; die Region um Bethlehem war mehrheitlich christlich geprägt.

Die christliche Bevölkerung jener Regionen, aus denen die Staaten Syrien, Jordanien, der Irak, der Libanon und Israel hervorgingen, galt als Brückenpfeiler des europäischen Imperialismus. Sie entfremdete sich von anderen Gruppen, beziehungsweise wurde zunehmend isoliert und bekämpft. 1860 kam es infolge dieser Spannungen im heutigen Syrien zu Pogromen gegen Christen; ein Bruch, der nie mehr heilen sollte. Im Zuge des Ersten Weltkriegs verschärfte sich die Lage massiv: Der Völkermord an den Armeniern und an der aramäischen „Kirche des Ostens“ kostete Hunderttausenden, womöglich über einer Million Christen das Leben.

Hoffnung auf die Zukunft Die brutalen Übergriffe der Terrormiliz IS gegen Christen im Irak und in Syrien werden oft mit dieser katastrophalen Ära verglichen. Ähnlich sind die Konsequenzen in jedem Fall. Damals wie heute setzte eine massive Emigration ein.

Entsprechend besorgt zeigen sich die offiziellen Vertreter der Glaubensgemeinschaft: „Die europäischen Regierungen vollenden gerade, was der IS begonnen hat, wenn sie Christen förmlich dazu auffordern, zu kommen“, sagt Archimandrit Emanuel Youkhana. Er ist Erzdialekt der assyrischen Kirche des Iraks und Vorsitzender von Christian Aid (CAPNI). Er lebt in Dohuk und in Wiesbaden, wohin er 1993 nach einem Attentat gegen ihn flüchtete. Nun versucht er mit aller Kraft, die Wurzeln der Christen in seiner Heimat zu stärken: „Was wir brauchen, sind nicht hundert Visa für unsere Leute, sondern Unterstützung, um hundert Schulen und Kindergärten hier aufzubauen.“

Aus Youkhanas Sicht ist die Bedeutung der Christen im Irak wie auch im ganzen Nahen Osten nicht nur in Zahlen und Bevölkerungsanteilen zu messen: „Wir sind vielleicht nur drei Prozent der Menschen hier, aber wir haben einmal 20 Prozent der Bildungseinrichtungen und Spitäler betrieben. Wir Christen haben, hatten und vor allem werden eine wichtige Rolle dabei spielen, damit diese Länder nach dem Krieg wieder auf die Beine kommen.“ Einen ähnlichen Appell formulierte bereits im September vergangenen Jahres der syrische Patriarch Gregor III. in einem offenen Brief an seine syrischen Glaubensbrüder und -schwestern: „Bleibt trotz alledem. Emigriert nicht, sondern baut unsere Heimat wieder mit uns auf.“

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Nahen Osten.

Im Land der Weltwunder

KULTUR Der Nahe Osten zeichnet sich durch eine hohe Dichte an Welterbestätten aus. Doch viele sind bedroht

Archäologen und Historiker atmen hörbar auf, als nach Ostern die ersten Bilder aus Palmyra um die Welt gingen, nachdem syrische Regierungstruppen die antike Oasenstadt zurückerobert hatten. Ganz so katastrophal wie befürchtet, hatten sich die Gefechte und die Zerstörungswut der Terrormiliz des „Islamischen Staates“ nicht auf die Ausgrabungen ausgewirkt. Der Schaden ist dennoch gewaltig. Der Baal-

Tempel wie auch der Tempel des Baalshamin wurden vom IS gesprengt, ebenso wie der römische Triumphbogen des Hadrian. Inwieweit die zerstörten Kulturdenkmäler wieder aufgebaut werden können, lässt sich bislang noch nicht abschätzen. Palmyra ist eine der insgesamt sechs Weltkulturerbestätten in Syrien, die im Bürgerkrieg und wegen der Zerstörungen durch den IS mitunter erheblich gelitten

Von den weltweit 802 kulturellen Welterbestätten liegen 85 in den Ländern des Nahen Ostens. 15 von ihnen werden vom Welterbe-Komitee der Unesco als bedroht eingestuft oder sind zerstört. Besonders dramatisch ist die Situation in Syrien, Irak und Jemen. Von den 13 Weltkulturerbestätten in den drei Bürgerkriegsländern gilt lediglich eins als nicht bedroht – die Zitadelle von Erbil im Nordirak, der als der älteste kontinuierlich von Menschen bewohnte Ort gilt. Erst im Juni 2014 hatte ihn die Unesco auf die Welterbeliste gesetzt.

Der Grund für die vergleichsweise hohe Dichte an Welterbestätten im Nahen Osten findet sich in seiner Geschichte, die sich wie eine Abfolge vom Aufstieg und Fall der Großreiche liest: Hethiter, Assyrer, Babylonier, Ägypter und Perser, Alexander der Große und seine Diadochen, Römer und Byzantiner, die Kalifenreiche der Umayyaden und Abbasiden und schließlich das Osmanische Reich. All diese Reiche und Imperien haben der Region ihren kulturellen Stempel aufgedrückt. Zudem spielt die Region eine zentrale und prägende Rolle in der Region. Mit dem Judentum, dem Christentum und dem Islam hat allein die arabische Halbinsel gleich drei der fünf großen Weltregionen hervor-

gebracht. Auch wenn dieser Umstand immer wieder Ursache, Auslöser oder Vehikel für kriegerische Konflikte war und ist. So gilt Jerusalem bis heute als der religiöse Zankapfel zwischen Juden, Muslimen und Christen – auch wenn letztere nach dem Ende der Kreuzzüge keinen ernsthaften Versuch mehr unternommen haben, das „Heilige Land“ unter ihre Kontrolle zu bringen.

Bereits in der Antike lagen fünf der Sieben Weltwunder in den Ländern des Nahen Ostens: Die hängenden Gärten der Semiramis zu Babylon (heutiger Irak), das Grab des Königs Mausolos II. zu Halikarnassos und der Tempel der Artemis in Ephesos (beide heutige Türkei), der Leuchtturm auf der Insel Pharos vor Alexandria und die Pyramiden von Gizeh (heutiges Ägypten). Erhalten geblieben sind bis heute jedoch lediglich die monumentalen Pyramiden. Bleibt zu hoffen, dass dem Weltkulturerbe in der Region eine bessere Zukunft beschieden ist.

Alexander Weinlein



Das unzerstörte römische Theater von Palmyra

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Der Ausnahmezustand als letztes Mittel des Staates

Geschichtliche und aktuelle Bezugnahmen zur Lehre Carl Schmitts



Ausnahmezustand

Carl Schmitts Lehre von der kommissarischen Diktatur
Herausgegeben von Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt
2013, 265 S., brosch., 29,- €
ISBN 978-3-8487-0465-1
eISBN 978-3-8452-4771-7
(Staatsverständnisse, Bd. 57)
www.nomos-shop.de/20908

Der Ausnahmezustand ist das letzte Mittel eines Staates, um seine Rechtsordnung, seine Sicherheit und letztlich seinen Bestand gegen massive Angriffe zu verteidigen. Allerdings ist er nur zur Bewältigung einer extremen, zeitlich begrenzten Gefahrenlage akzeptabel. Dieser Band stellt die staatsrechtlichen, politikwissenschaftlichen und historischen Perspektiven sowie die Sicht der praktischen Politik dar.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



AUFGEKEHRT

Spaßbremse vom Bosphorus

Es gibt gelassene Menschen. Und es gibt Recep Tayyip Erdogan, Präsident und oberster Humorkritiker der Türkei. Erdogan ist offenbar kein Fan der NDR-Satiresendung „extra 3“. Dort hatte man jüngst auf die Zeilen von Nenas Hit „Irgendwie, irgendwo, irgendwann“ Reime und Videoschnipsel zusammengetragen, um Erdogans eher autoritäre Sicht auf Demokratie und bürgerliche Freiheiten zu illustrieren. Kritisch, keine Frage, aber die Kollegen kamen ganz ohne Hitler-Vergleich aus. Also eher untere Eskalationsstufe.

Das sah man in der Türkei ein wenig anders. Wie ein russischer Bomber drang das Video dort in den Luftraum der regierenden Eitelkeiten ein. Der deutsche Botschafter wurde einbestellt. Laut Medienberichten wurde gar ein Verbot des Clips gefordert. Viel dringt über solche Unterredungen leider nicht nach außen, aber vielleicht bot die türkische Seite sogar an, die „extra 3“-Redaktion zu besetzen. Erfahrungen damit hat man ja vor Ort. Vorstellbar ist es, denn die Gedanken sind ja bekanntlich frei, was nicht über jeden türkischen Journalisten gesagt werden kann.

Dabei spricht eigentlich vieles dafür, dass Erdogan eine recht lustige Type ist, auch wenn er häufig dreinblickt wie eine personifizierte Spaßbremse. Der Mann hat immerhin den Gaddafi-Preis für Menschenrechte bekommen, das internationale Äquivalent zum „Orden wider den tierischen Ernst“. Sein größter Witz aber geht so: Islamisten in Syrien unterstützen, Kurden wegnehmen, Journalisten einsperren und Demonstranten verprügeln lassen – und gleichzeitig über einen Beitritt zur EU verhandeln. Realsatire pur. *Sören Christian Reimer* ||

VOR 30 JAHREN...

Terror in Deutschland

16.4.1986: Kohl beschuldigt Libyen
Der internationale Terrorismus ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Das Thema beschäftigt – bei allen Unterschieden zu heute – die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten. Das zeigt auch eine Regierungserklärung Helmut Kohls (CDU) vom 16. April 1986. Wortwahl und Botschaft des Kanzlers erinnern an heutige Debatten um den so-



Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi in einer Aufnahme von 1985

genannten Islamischen Staat in Syrien und Irak. Damals stand allerdings Libyen unter Oberst Muammar al-Gaddafi im Fokus. „Zahlreiche internationale Terrororganisationen unterhalten Ausbildungslager in Libyen“, erklärte Kohl. Der von dem Land ausgehende Terrorismus habe „in den letzten Jahren in zahlreichen Ländern Europas, Afrikas und des Nahen Ostens eine blutige Spur hinterlassen“. Und schließlich: „Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten die Vorkehrungen getroffen, um die Sicherheit in Deutschland „nach besten Kräften“ zu gewährleisten.“

Anlass der Erklärung war ein Anschlag auf deutschem Boden: Am 5. April des selben Jahres war in der Westberliner Diskothek „La Belle“, die vor allem US-Soldaten frequentierten, ein Sprengsatz detoniert. Drei Menschen starben, 230 wurden verletzt. Daraufhin bombardierten die USA die libyschen Städte Tripolis und Bengasi, weil sie in Libyen den Verantwortlichen sahen. Dabei starben rund 100 Menschen. Auch die Bundesregierung ging von einer libyschen Urheberchaft aus: Kohl sprach von „beweisfähigen nachrichtendienstlichen Quellen“, dass „das libysche Volksbüro in Ostberlin für den Anschlag die Verantwortung trägt“. *Benjamin Stahl* ||

ORTSTERMIN: INTERNATIONALES PARLAMENTS-STIPENDIUM



Razan Hatem Ishaqat aus Jordanien hat ein Ziel: Sie will einmal Botschafterin ihres Landes in Deutschland werden. © Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net

»In Jordanien leben wir alle friedlich zusammen«

Sie sind wieder da. Seit Anfang März streifen 117 junge Menschen aus 36 Ländern über die Flure in den Bundestagsgebäuden. Sie alle sind Teilnehmer am Programm des Internationalen Parlaments Stipendiums (IPS), das in diesem Jahr sein 30-jähriges Jubiläum feiert. Höhepunkt des IPS wird auch in diesem Jahr das knapp dreimonatige Praktikum im Büro eines Bundestagsabgeordneten sein. In den 30 Jahren seines Bestehens hat sich das IPS stetig weiterentwickelt. Zu Beginn der 1990er Jahren kamen die Länder aus Osteuropa und dem Balkan dazu. Seit zwei Jahren nehmen nun auch junge Leute aus den Staaten des arabischen Raums und dem Nahen Osten teil. Eine von ihnen ist Razan Hatem Ishaqat aus Jordanien. Die 22-Jährige unterrichtet normalerweise Deutsch in einem Sprachzentrum in der Hauptstadt Amman. „Meine Schüler haben unterschiedliche Gründe, Deutsch zu lernen. Die einen bereiten sich auf den Familiennachzug vor, andere wollen in Deutschland studieren oder arbeiten“, erzählt sie. Razan Hatem Ishaqat ist eher zufällig zur deutschen Sprache gekommen. Eigentlich habe sie Ingenieurin werden

wollen, sagt sie. „Dann habe ich an der Uni die Fremdsprachenstudiengänge angeschaut, wo mir Deutsch am besten gefallen hat. Und jetzt bin ich hier.“ In Berlin wolle sie nun „Politik und Demokratie in Deutschland kennenlernen“. Mit Blick auf den Parlamentarismus sind ihr im Vergleich zu ihrer Heimat ein paar wesentliche Unterschiede aufgefallen: Zwar gibt es in Jordanien, als einem der wenigen Länder in der Region, ein frei gewähltes Parlament. „Wir sind aber ein Königreich und deshalb entscheidet am Ende auch der König“, sagt sie. Und fügt hinzu: „Wenn der König ein von Parlament und Senat entwickeltes Gesetzesvorhaben ablehnt, muss er das aber auch begründen.“ 50 Prozent der „Untertanen“ von König Abdullah II. sind im Übrigen palästinensischer Herkunft. Eine deutlich kleinere Minderheit sind die Tscherkessen, zu denen auch Razan Hatem Ishaqat gehört. Sie siedelten sich im 19. Jahrhundert in Amman an. Etwa 40.000 Angehörige der eigentlich aus dem Kaukasus stammenden Ethnie leben heute in dem Königreich. „Ich sehe mich als Jordanierin und als Tscherkessin. Wir haben zwar verschiedene

Sitten und Gebräuche und auch eine andere Sprache. Am Ende gehören wir aber zu Jordanien“, sagt sie. Nicht nur für viele Palästinenser und Tscherkessen ist Jordanien zur Heimat geworden. Es gibt auch Tschetschenen, Iraker und inzwischen auch immer mehr Syrer. „Für die Jordanier ist es nichts Neues, viele Menschen aus anderen Regionen im Land zu haben. Bei uns ist das kein Problem. Wir leben alle friedlich zusammen.“ Die junge Jordanierin hat dennoch Verständnis, dass sich Europa mit der Aufnahme von Flüchtlingen sehr schwer tut. „Für Europäer sind das fremde Leute“, sagt sie. Jordanien und Syrien seien sehr ähnliche Kulturen. „Wir sprechen die gleiche Sprache und können einander verstehen.“ Zwischen Europa und dem Nahen Osten seien die kulturellen Unterschiede eben doch sehr groß. Razan Hatem Ishaqats Zuneigung zu Deutschland tut dies jedoch kein Abbruch. Die 22-Jährige würde künftig gern in der Deutschen Botschaft in Amman arbeiten. Doch damit nicht genug: Sie hat auch ein großes Ziel vor Augen: „Später möchte ich mal Botschafterin Jordaniens in Deutschland sein.“ *Götz Hausding* ||

PERSONALIA

>Bert Even †
Bundestagsabgeordneter 1957-1969, CDU

Am 12. März starb Bert Even kurz vor Vollendung seines 91. Lebensjahrs. Der promovierte Jurist, von 1969 bis 1990 Präsident des Bundesverwaltungsamts und später auch des Bundesausgleichsamts, wurde 1946 CDU-Mitglied. Von 1961 bis 1963 amtierte er als Bundesvorsitzender der Jungen Union und gehörte von 1960 bis 1967 dem CDU-Bundesvorstand an. Even wirkte im Innenausschuss mit.

>Roland Cantzler
Bundestagsabgeordneter 1972, CSU

Roland Cantzler vollendet am 4. April sein 85. Lebensjahr. Der Sozialgerichtspräsident aus Nürnberg trat 1957 der CSU bei. Im Juni 1972 rückte er für den Freiherrn zu Guttenberg in den Bundestag nach. Von 1972 bis 1996 war Cantzler Stadtrat in Nürnberg.

>Werner Wittlich
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, 2009, CDU

Werner Wittlich wird am 4. April 70 Jahre alt. Der selbstständige Elektromeister und Betriebswirt aus Kurtscheid/Krs. Neuwied schloss sich 1970 der CDU an und war von 1976 bis 1990 Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbands Rengsdorf. Wittlich, seit 1979 zudem kommunalpolitisch aktiv und seither auch Kreistagsabgeordneter, gehörte bereits von 1989 bis 1998 dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Im Bundestag engagierte er sich überwiegend im Umweltausschuss. Von 2009 bis 2014 war Wittlich Präsident der Handwerkskammer Koblenz.

>Christoph Schnittler
Bundestagsabgeordneter 1992-1994, FDP

Am 8. April begeht Christoph Schnittler seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Physiker und Professor aus Ilmenau rückte im Mai 1992 in den Bundestag nach und gehörte dem Forschungsausschuss an.

>Johannes Andreas Pflug
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, SPD

Johannes Andreas Pflug wird am 8. April 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Duisburg trat 1965 der SPD bei und stand von 1990 bis 2006 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1975 bis 1979 war Pflug Ratsherr seiner Heimatstadt und von 1980 bis 1985 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Der Direktkandidat des Wahlkreises Duisburg II mit bundesweit herausragenden Stimmergebnissen, engagierte sich im Auswärtigen Ausschuss. Von 2005 bis 2013 gehörte Pflug dem Europarat und von 2005 bis 2013 der WEU an.

>Karsten Voigt
Bundestagsabgeordneter 1976-1998, SPD

Karsten Voigt vollendet am 11. April sein 75. Lebensjahr. Er trat 1962 der SPD bei, stand von 1969 bis 1972 an der Spitze der Jungsozialisten und gehörte von 1984 bis 1995 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1983 bis 1998 amtierte Voigt als außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und war zeitweise Mitglied im Fraktionsvorstand. 1999 berief ihn Bundesaußenminister Fischer zum Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. Dieses Amt behielt er bis 2009. Voigt engagierte sich im Auswärtigen Ausschuss. Von 1977 bis 1998 gehörte er der Nordatlantischen Versammlung und war von 1994 bis 1999 Präsident.

>Dieter Auch
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD

Am 12. April feiert Dieter Auch seinen 75. Geburtstag. Der Werkzeugmacher und hauptberufliche Parteimitarbeiter schloss sich 1966 der SPD an. Er amtierte als SPD-Geschäftsführer der Kreise Esslingen und Göppingen und gehörte seit 1994 mehrere Jahre dem Bundesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen an. Auch arbeitete im Bundestag im Forschungsausschuss mit.

>Helmut Wilhelm
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, Bündnis 90/Die Grünen

Am 12. April wird Helmut Wilhelm 70 Jahre alt. Der Richter aus Amberg trat 1985 den Grünen bei und stand von 1985 bis 2002 an der Spitze des Bundesverbands „Bürgerinitiativen Umweltschutz“. Von 1984 bis 2002 gehörte Wilhelm dem Amberger Stadtrat an und ist dort wieder seit 2008 tätig. Von 1986 bis 1994 war er Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Im Bundestag wirkte Wilhelm im Verkehrsausschuss mit.

>Winfried Nachtwei
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, Bündnis 90/Die Grünen

Winfried Nachtwei begeht am 15. April seinen 70. Geburtstag. Der Studienrat aus Münster zählte zu den dortigen Gründungsmitgliedern seiner Partei und engagierte sich seit 1980 in der Friedensbewegung. Er war zudem langjähriger friedenspolitischer Sprecher der Grünen in NRW. Nachtwei, seit 2002 sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion und von 2002 bis 2005 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, engagierte sich im Verteidigungsausschuss. *bmh* ||

LESERPOST

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. April.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist an der Zeit, einmal danke zu sagen. Für die Treue, mit der viele von Ihnen nun schon seit Jahren, ja sogar Jahrzehnten die Redaktion von „Das Parlament“ begleiten.

Dank auch für die konstruktive Kritik, die uns regelmäßig in Form von Leserbriefen erreicht. Wir versuchen, damit sehr gewissenhaft umzugehen und Ihre Anregungen im Rahmen der Möglichkeiten tatsächlich umzusetzen.

Deshalb gilt weiterhin die Bitte: Schreiben Sie uns, was Ihnen gefällt,

aber natürlich auch, was wir an der Zeitung besser machen können.

Und wenn Sie sich über einen Politiker, eine Partei oder ein Gesetzesvorhaben geärgert haben, dann dürfen Sie uns das auch mitteilen. Streit, Debatten und Diskussionen gehören zu einer lebendigen, lebhaften Demokratie dazu. Das wollen wir unterstützen und Ihnen an dieser Stelle Platz einräumen.

Für diese und kommende Ausgaben wünschen wir Ihnen weiterhin viel Spaß beim Lesen.

Die Redaktion

Zum Tod von Imre Kertész

Die literarische Welt trauert um den ungarischen Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Imre Kertész. Er starb vergangenen Donnerstag mit 86 Jahren nach langer Krankheit in seiner Geburtsstadt Budapest. Kertész wurde dort 1929 als Kind einer jüdischen Familie geboren. Als Jugendlicher überlebte er die nationalsozialistischen Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald. Die Erlebnisse aus dieser Zeit ließen ihn nie wieder los und flossen in seine zahlreichen Werke ein, auch in sein berühmtes Hauptwerk „Roman eines Schicksallosen“. Zugleich beschäftigte sich Kertész in seinen Romanen und Essays intensiv mit dem totalitären Sozialismus, den er als Erwachsener in Ungarn erlebte. 2002 erhielt Kertész als erster Ungar den Literaturnobelpreis. In den 2000er-Jahren lebte er längere Zeit in Berlin. 2012 zog er nach Budapest zurück. Als Gastredner des Bundestages las Imre Kertész am 29. Januar 2007 zum Gedenktag der Auschwitz-Befreiung aus seinem Werk „Kaddisch für ein nicht geborenes Kind“. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte den Verstorbenen in einem Kondolenzschreiben an dessen Witwe als „herausragenden Schriftsteller“, der den „Opfern der Shoah eine Stimme gegeben hat – eine Stimme, die seinen Tod überdauert.“ *krü* ||



Imre Kertész

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Der Nahe Osten

Eine Region mit vielen Streitereien



In Zeitungen liest man immer wieder vom: Nahen Osten.

Meistens geht es dabei dann um Streitereien oder sogar um Kriege.

Im folgenden Text steht etwas genauer:

- Was der Nahe Osten ist.
- Worum es bei den Streitereien geht.



Zum Beispiel:

Viele von den Ländern gehörten früher zu einem einzigen, großen Land.

Darum haben sie auch heute noch viele Gemeinsamkeiten.

Zum Beispiel spricht man im Nahen Osten in den meisten Ländern Arabisch.

Und in den meisten Ländern dort ist der Islam die wichtigste Religion.

Was ist der Nahe Osten?

Mit „Naher Osten“ meint man eine bestimmte Region auf der Erde.

Und zwar eine Region in Asien und Afrika.

Auf einer Land-Karte liegt sie rechts unten direkt neben Europa.

Man sagt auch:
Sie liegt im Süd-Osten von Europa.

Daher hat sie auch ihren Namen.

Zum Nahen Osten gehören ungefähr 15 Länder.

Zum Beispiel:

- Israel
- Ägypten
- die Türkei
- Syrien

Dass man diese Länder mit dem Wort „Naher Osten“ zusammenfasst, hat verschiedene Gründe.

Streitereien im Nahen Osten

Wenn man vom Nahen Osten hört, dann geht es oft um Streitereien und Kriege.

Denn davon gibt es dort viele.

Und sie haben ganz verschiedene Gründe.

Zum Beispiel:

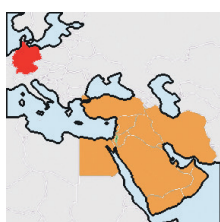
- 1) Im Nahen Osten gibt es verschiedene Völker.

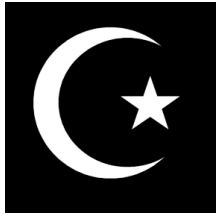
Ein „Volk“ ist eine Gruppe von Menschen, die bestimmte Gemeinsamkeiten haben.

Zum Beispiel:
Sprache, Traditionen, Religion.

Völker im Nahen Osten heißen zum Beispiel: Araber, Israelis und Kurden.

Zwischen diesen Völkern gibt es immer wieder Streit.





- 2) Mehrere Länder streiten sich, welches von ihnen das wichtigste im Nahen Osten ist.
- 3) Im Islam gibt es verschiedene Gruppen.
So ähnlich wie es im Christentum zum Beispiel Katholiken und Evangelische gibt.
Im Islam heißen die beiden größten Gruppen: Schiiten und Sunniten.
Zwischen ihnen gibt es immer wieder Streit.
- 4) Im Nahen Osten gibt es viel Erd-Öl.
Erd-Öl ist sehr wertvoll.
Darum wollen viele Länder und Gruppen das Erd-Öl haben.
Das führt zu Streit zwischen den Ländern und Gruppen.

Die Streitereien im Nahen Osten sind also sehr kompliziert.

Es gibt dort aber 3 besonders wichtige Arten von Streit:

1) Der Nah-Ost-Konflikt

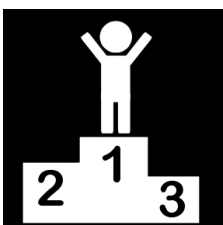
So nennt man den Streit zwischen dem Land Israel auf der einen Seite. Und dem Volk mit dem Namen „Palästinenser“ auf der anderen Seite.

Sie streiten sich um ein Gebiet am Mittel-Meer.

Und zwar streiten sie, wer in diesem Gebiet wohnen darf.

Manche Länder im Nahen Osten unterstützen die Palästinenser.

Darum hat Israel auch Streit mit vielen von diesen Ländern.



2) Der Streit darüber, welches Land das wichtigste im Nahen Osten ist

Darüber streiten die Länder: Saudi-Arabien und der Iran.

3) Streit in den einzelnen Ländern

Bei dieser Art von Streit stehen auf der einen Seite die Menschen, die in einem Land leben.

Auf der anderen Seite steht die Regierung. Die „Regierung“ sind die Politiker, die das Land leiten.

Die Menschen in den Ländern vom Nahen Osten sind oft mit ihren Regierungen nicht einverstanden.



Der Krieg in Syrien

Auch in Syrien kämpfen die Menschen und die Regierung gegeneinander.

Dieser Krieg ist die schlimmste Streiterei, die es im Moment im Nahen Osten gibt.

Denn:

- Er dauert jetzt schon 5 Jahre.
- Es gab schon sehr viele Tote.
Und zwar:
Zwischen 250-Tausend und 500-Tausend.
- Sehr viele Menschen wurden verletzt.
Und zwar: Etwa 2 Millionen.
- Sehr viele Leute sind aus dem Land geflohen.
Und zwar: Mehr als 5 Millionen.
- Kämpfe und Bomben haben viele Städte zerstört.

Wie ist der Krieg entstanden?



Vor ungefähr 5 Jahren waren die Menschen in Syrien unzufrieden.

Dafür gab es mehrere Gründe.

Zum Beispiel:

- Viele Menschen waren sehr arm.
- Auf der anderen Seite gab es aber auch ein paar Menschen, die sehr reich waren.
Das hat die Ärmeren geärgert.
- Die Menschen waren der Meinung, dass die Politiker ungerecht sind.
Und dass sie ihre Macht ausnutzen, um selbst immer reicher zu werden.
- Die Regierung hat die Menschen sehr stark überwacht.



Darum begannen die Menschen, Demos zu machen.

Das heißt: Sie gingen auf die Straße.

Und sie sagten laut, dass sie unzufrieden sind. Und dass sich die Dinge ändern sollen.

Sie wollten zum Beispiel:

- Mehr Arbeit und ein besseres Leben.
- Mehr Freiheit.
- Zum Teil wollten sie auch eine ganz neue Regierung.

Solche Demos gab es nicht nur in Syrien.

In vielen Ländern vom Nahen Osten dachten die Menschen das Gleiche.

Und auch dort gab es Demos.

Die Ereignisse waren so wichtig, dass sie sogar einen eigenen Namen haben.

Man nennt sie: Den Arabischen Frühling.

Den Arabischen Frühling gab es also in vielen Ländern.
Aber überall hatte er andere Ergebnisse.

Zum Beispiel:

- In manchen Ländern wurde die Regierung ausgetauscht.
- In manchen Ländern wurden Gesetze geändert. So wurden einige Wünsche von den Menschen erfüllt.



Aber nicht in allen Ländern hatten die Demos Erfolg.

Manchmal beendeten die Regierungen sie auch mit Gewalt.

In Syrien war das so.

Die Regierung hat Soldaten geschickt. Die haben gegen die Menschen gekämpft. Viele Leute starben.

Dadurch hörten die Demos erst mal auf.

Aber schon kurz danach taten sich viele Menschen zusammen.

Und zwar Leute, die früher einmal Soldaten waren. Aber auch andere Menschen.

Sie begannen, gegen die syrischen Soldaten zu kämpfen.

Damit hatte ein Bürger-Krieg begonnen.

„Bürger-Krieg“ nennt man es, wenn Menschen aus dem gleichen Land gegeneinander kämpfen.

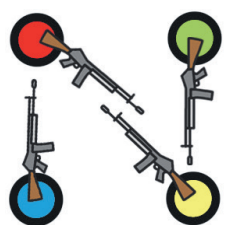


Das ist jetzt 5 Jahre her. Und den Krieg gibt es immer noch. Inzwischen ist er aber viel komplizierter.

Denn: Heute kämpfen nicht nur 2 Gruppen gegeneinander.

Inzwischen ist es ein Krieg zwischen ganz vielen verschiedenen Gruppen.

Und jede Gruppe hat eigene Ziele.



Welche Gruppen gibt es im Krieg?

1) Die Regierung

Für die Regierung kämpfen die Soldaten von Syrien.

Das Ziel von der Regierung ist: Sie will den Krieg gewinnen. Und die Politiker von der Regierung wollen ihre Ämter behalten.

Die Regierung von Syrien kämpft nicht allein.

Andere Länder helfen ihr. Zum Beispiel: Russland und der Iran.



2) Die Rebellen

Rebellen nennt man Menschen, die gegen die eigene Regierung kämpfen.

Sie wollen eine neue Regierung haben.

Die Rebellen in Syrien sind aber keine zusammengehörende Gruppe.

Es gibt verschiedene Rebellen-Gruppen.

Und zum Teil haben sie unterschiedliche Ziele.

Auch die Rebellen haben Unterstützer. Zum Beispiel:

Die USA und einige Länder von Europa.



3) Der „Islamische Staat“

Der „Islamische Staat“ ist eine Terror-Gruppe.

„Terror“ bedeutet: Eine Gruppe will Ziele erreichen. Dafür benutzt sie Gewalt.

Zum Beispiel, um den Menschen Angst zu machen.

Das Ziel vom „Islamische Staat“ ist: Er möchte ein eigenes Land gründen.

Dafür versucht er, den Krieg zwischen Regierung und Rebellen auszunutzen.



4) Die Kurden

Die Kurden sind ein Volk.

Aber sie haben kein eigenes Land.

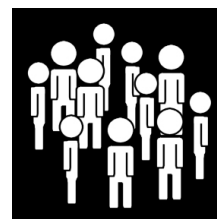
Sie leben in: Der Türkei, dem Iran, dem Irak und in Syrien.

Im syrischen Bürger-Krieg kämpfen die Kurden vor allem gegen den „Islamischen Staat“.

Und einige Kurden haben auch noch ein anderes Ziel: Sie wollen ein eigenes Land gründen.

Dafür nutzen sie den Bürger-Krieg aus.

In bestimmten Teilen von Syrien haben die Kurden inzwischen die Verwaltung übernommen.



Warum betrifft der Krieg Europa?

Der Krieg im Nahen Osten ist auch für die Länder in Europa wichtig.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Hier ein paar Beispiele.



1) Erd-Öl

Die Länder in Europa brauchen viel Erd-Öl.

Zum Beispiel macht man daraus Benzin für Autos. Oder man benutzt es zum Heizen.

Das meiste Erd-Öl kommt aus den Ländern vom Nahen Osten.

Wenn es dort Krieg gibt, dann bekommt Europa vielleicht kein Erd-Öl mehr.



2) Terror

Der „Islamische Staat“ kämpft nicht nur in Syrien.

Auch in Europa hat er in letzter Zeit Aktionen gemacht.



Zum Beispiel:

- Im letzten November haben Leute vom „Islamischen Staat“ viele Menschen getötet. Das war in Paris.
- In der belgischen Stadt Brüssel hat der „Islamische Staat“ mehrere Bomben gezündet. Und zwar am 22. März 2016.

3) Verhältnis zu Russland



Russland ist ein sehr wichtiges Land.

Darum ist es für andere Länder wichtig, ein gutes Verhältnis zu Russland zu haben.

Russland hält im Syrien-Krieg zur Regierung von Syrien.

Viele Länder in Europa und die USA halten aber eher zu den Rebellen.

Darum gibt es immer wieder Streit zwischen Europa und Russland.

4) Flüchtlinge

Wegen dem Krieg fliehen viele Menschen aus Syrien.

Die meisten gehen in Länder direkt neben Syrien.

Viele kommen aber auch bis nach Europa.



Kann man den Krieg beenden?

Viele Menschen suchen nach Lösungen für den Syrien-Krieg.

Am meisten hoffen die Menschen im Moment auf die: Vereinten Nationen.

Das ist eine Gruppe von Ländern. Fast alle Länder auf der Welt sind dabei.

Sie wollen zusammen-arbeiten. Und so dafür sorgen, dass es allen Menschen auf der Welt gutgeht.



Das Ziel von den Vereinten Nationen ist: Die Regierung von Syrien und die Rebellen sollen miteinander reden.

Sie sollen sich einigen. Und den Krieg beenden.

Bisher gab es schon ein paar Gespräche. Bald soll noch mehr gesprochen werden. Bis es hoffentlich Frieden gibt.



Einen kleinen Erfolg gab es bei den Gesprächen schon.

Seit Ende Februar gibt es zwischen den Rebellen und der Regierung einen: Waffen-Stillstand.

Das bedeutet: Beide Gruppen wollen nicht mehr gegeneinander kämpfen.

Das beendet den Krieg aber nicht.

Denn:

- Der Waffen-Stillstand funktioniert zum Teil zwar ganz gut. Zum Teil wird aber immer noch gekämpft.

- Der Waffen-Stillstand gilt nur für die Regierung und die Rebellen.

Das heißt zum Beispiel:

Der „Islamische Staat“ kämpft weiter.

Der Krieg in Syrien ist also noch nicht zu Ende.

Und ihn zu beenden, ist sehr schwierig.

Weil es so viele verschiedene Gruppen gibt.

Und weil nicht alle Frieden haben wollen.

Experten glauben darum: Es wird noch dauern, bis man eine Lösung findet.



Der Krieg wird also wohl noch lange weitergehen.

Und das Gleiche gilt wahrscheinlich auch für viele andere Streitereien im Nahen Osten.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © dpa/picture-alliance und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 14-15/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. April 2016.